

Stenographischer Bericht

über die

33. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 13. Juli 1920.

Inhalt:

Rücklegung der Stelle als Landtagsabgeordneter
seitens des Landesrates Josef Hartmann.

Angebotung.

Abwesenheitsanzeige.

Antrag der Abgeordneten Martha Tausk, Cilli
Nemec und Genossen, betreffend die Anwendung
des Hausgehilfengesetzes (Gesetz über den Dienstver-
trag der Hausgehilfen vom 26. Februar 1920, St.-
G.-Bl. Nr. 101) auf Orte mit weniger als 5000 Ein-
wohnern.

Antrag der Abgeordneten Franz Pichler, Dr. Dan-
tine, Dr. Klusmann, Wastian und Ge-
nossen, betreffend Förderung des Fernsprechwesens.

Antrag der Abgeordneten Peintinger und Genossen,
betreffend Abänderung des § 15 des Wertzuwachs-
steuergesetzes vom 2. Dezember 1919, L.-G.-Bl.
Nr. 173.

Auflage (Beilagen Nr. 472 bis 477 und 480).

Zuweisungen, und zwar:

1. des Antrages der Abgeordneten Gaj und Ge-
nossen, betreffend Schadloshaltung der Hausbesitzer
(Beilage Nr. 472);

2. des Antrages der Abgeordneten Gaj und Ge-
nossen, betreffend die Regelung der Bezüge der
landwirtschaftlichen Bezirksärzte (Beilage Nr. 473);

3. des Antrages der Abgeordneten Peintinger
und Genossen, betreffend Abänderung des § 15 des
Wertzuwachssteuergesetzes vom 2. Dezember 1919,
L.-G.-Bl. Nr. 173 (Beilage Nr. 477);

4. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates
über die Beitragsleistung des Landes zu den Kosten
der amerikanischen Kinderhilfsaktion (Beilage
Nr. 480),

an den Finanzausschuß;

5. des Antrages der Abgeordneten Gaj und Ge-
nossen, betreffend die Ausbildung der Waisenmeister
zum Gifflagen (Beilage Nr. 474),

an den Landeskulturausschuß;

6. des Antrages der Abgeordneten Martha
Tausk, Cilli Nemec und Genossen, betreffend
die Anwendung des Hausgehilfengesetzes (Gesetz
über den Dienstvertrag der Hausgehilfen vom
26. Februar 1920, St.-G.-Bl. Nr. 101) auf Orte mit
weniger als 5000 Einwohnern (Beilage Nr. 475),

an den Gemeinde- und Verfassungsaus-
schuß;

7. des Antrages der Abgeordneten Franz Pichler,
Dr. Dantine, Dr. Klusmann, Wastian
und Genossen, betreffend Förderung des Fernsprech-
wesens (Beilage Nr. 476),

an den volkswirtschaftlichen Ausschuß.

Zurückziehung von Anträgen, und zwar:

1. des Antrages der Abgeordneten Schifko,
Mösl, Jach und Genossen, betreffend den Aus-
bau der elektrischen Energie der steiermärkischen
Elektrizitätsgesellschaft (Beilage Nr. 73);

2. des Antrages der Abgeordneten Fasching und
Genossen, betreffend die sofortige Sanierung der
unhaltbaren Verhältnisse des Lagers Feldbach (Bei-
lage Nr. 306);

3. des Antrages der Abgeordneten Maria Rieger,
Riemer, Krenn und Genossen auf Aufhebung
der Sommerzeit (Beilage Nr. 414).

Aberweisung von Anträgen, und zwar:

1. des Antrages der Abgeordneten Krenn, Pein-
tinger, Lang, Mösl, Tomaschik und Ge-
nossen auf Veränderung des Straßenwesens in
Steiermark (Beilage Nr. 383);

2. des Antrages der Abgeordneten Griepertin-
ger und Genossen, betreffend die Ausnützung der
Wasserkrafts der Teigtisch im Bezirke Voitsberg
(Beilage Nr. 174),

an den Landesrat.

Wahl eines Landeshauptmann-Stellvertreters.

Wahl eines Landesrates.

Mündlicher Bericht des Landeskulturaus-
schusses über den Bericht des steiermärkischen
Landesrates, Beilage Nr. 441, betreffend die Regu-
lierung der Rittschein in den Gemeinden Breiten-
feld, St. Kind, Aschbach und Ruppersdorf. — (An-
nahme des Antrages des Landeskulturaus-
schusses.)

Mündlicher Bericht des Unterrichtsaus-
schusses über den Bericht des steiermärkischen
Landesrates, Beilage Nr. 387, betreffend Änderung
der Statuten an der Landes-Berg- und Hütten-
schule in Leoben. — (Annahme des Antrages des
Unterrichtsausschusses.)

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Ver-
fassungsausschusses über die Berichte des

steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 444 und Beilage Nr. 402, betreffend die Bewilligung zur Einhebung von Gemeindezuschlägen im Ausmaße von mehr als 300 Prozent zu den direkten umlagepflichtigen Staatssteuern. — (Annahme des Antrages des Gemeinde- und Verfassungsausschusses und des von demselben vorgelegten Gesetzentwurfes.)

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Berichte des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 447 und Beilage Nr. 401, betreffend die Bewilligung zur Einhebung von Bezirkszuschlägen zu den direkten umlagepflichtigen Staatssteuern im Ausmaße von mehr als 70 Prozent im Jahre 1920. — (Annahme des Antrages des Gemeinde- und Verfassungsausschusses und des von ihm vorgelegten Gesetzentwurfes.)

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 377, betreffend die Einhebung einer Gemeindeaufgabe auf den Verbrauch elektrischen Stromes in der Stadtgemeinde Leoben. — (Annahme des Antrages des Gemeinde- und Verfassungsausschusses.)

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 468, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 26. April 1894, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 30, und einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Juni 1886, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 22, in Angelegenheit der Herstellung und Erhaltung der nichtfährischen öffentlichen Straßen und Wege. — (Annahme des Antrages des Gemeinde- und Verfassungsausschusses und des von demselben vorgelegten Gesetzentwurfes.)

Annahme der Dringlichkeitsanträge, und zwar:

1. der Abgeordneten Schreckenthal, Dr. Klusmann und Genossen, betreffend die Tätigkeit der schwedischen Hilfsmission in Graz;
 2. der Abgeordneten Hartleb, Schreckenthal, Thoma, Dr. Klusmann und Genossen, betreffend die Hochwasserschäden im Gebiete der Gemeinde Donnersbachwald;
 3. der Abgeordneten Pongraz und Genossen auf Einsetzung eines sechsgliedrigen Ausschusses zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes, betreffend die Ausschreibung der Neuwahlen zum Landtage;
 4. der Abgeordneten Stocker, Friedl, Rieger und Genossen, betreffend eine furchtbare Wetterkatastrophe in den Bezirken Fürstenfeld und Fehring.
- Anfrage der Abgeordneten Primus, Neufuß, Saringer und Genossen, betreffend den Verkauf von sogenanntem Überkontingentvieh.

Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. Anton Rinkelen.

Schriftführer: Die Abgeordneten Georg Gass, Karl Gföller.

Landeshauptmann: Ich eröffne die 33. Sitzung.

Ich habe folgende Mitteilung zu machen: Herr Landesrat Josef Hartmann hat infolge seiner Einberufung in die Nationalversammlung seine Stelle als Landtagsabgeordneter zurückgelegt. Ich spreche demselben für seine Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete im Namen des Hauses den Dank aus. An Stelle des Genannten wurde Herr Abgeordneter Josef Neumann in den Landtag einberufen. Ist der Herr Abgeordnete hier? (Nach einer Pause.) Wenn ja, dann bitte ich den Herrn Abgeordneten Neumann die Angelobung zu leisten. Das Gelöbniß hat folgenden Wortlaut (liest): „Sie werden der Republik Österreich und dem Lande Steiermark unverbrüchliche Treue, stete und volle Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung Ihrer Pflichten als Mitglied des Landtages geloben.“ Ich bitte den Herrn Abgeordneten Neumann, jetzt die Worte auszusprechen: „Ich gelobe.“

Abgeordneter Neumann: Ich gelobe.

Landeshauptmann: Wegen Krankheit haben sich entschuldigt die Herren Abgeordneten Weirberger und Pigl.

In der letzten Sitzung wurden drei Anträge überreicht, deren Drucklegung veranlaßt wurde, und zwar:

Antrag der Abgeordneten Martha Tausk, Cilli Nemec und Genossen, betreffend die Anwendung des Hausgehilfengesetzes (Gesetz über den Dienstvertrag der Hausgehilfen vom 26. Februar 1920, St.-G.-Bl. Nr. 101) auf Orte mit weniger als 5000 Einwohnern.

Antrag der Abgeordneten Franz Pichler, Doktor Dantine, Dr. Klusmann, Wastian und Genossen, betreffend Förderung des Fernsprechwesens.

Antrag der Abgeordneten Peintinger und Genossen, betreffend Abänderung des § 15 des Wertzuwachssteuergesetzes vom 2. Dezember 1919, L.-G.-Bl. Nr. 173.

Aufgelegt wurden die Beilagen Nr. 472 bis 477 und 480.

Zugewiesen werden: dem Finanzausschusse die Beilagen Nr. 472, 473, 477 und 480; dem Landeskulturausschusse Nr. 474; dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse Nr. 475, und dem volkswirtschaftlichen Ausschusse Beilage Nr. 476.

Die Beilagen: Nr. 73, Antrag der Abgeordneten Schifko, Möstl, Zach und Genossen, betreffend den Ausbau der elektrischen Energie der steiermärkischen Elektrizitätsgesellschaft, Nr. 306, Antrag der Abgeordneten Fasching und Genossen, betreffend die sofortige Sanierung der unhaltbaren Verhältnisse des Lagers Felzbach, und Nr. 414, Antrag der Abgeordneten Maria Rieger, Riemer, Krenn und Genossen auf Aufhebung der Sommerzeit, wurden von den Antragstellern zurückgezogen.

Beilage Nr. 383, Antrag der Abgeordneten Krenn, Peintinger, Lang, Möstl, Tomaschik und Genossen auf Veränderung des Straßenwesens in Steiermark, wird über Beschluß des Straßen- und Brückenbauausschusses dem Landesrate überwiesen; desgleichen die Beilage Nr. 274, Antrag der Abgeordneten Friepertinger und Genossen, betreffend die Ausnützung der Wasserkraftse der Teigtisch im Bezirke Voitsberg.

Ich trete also nunmehr in die Tagesordnung der 33. Sitzung ein. Der erste Punkt derselben ist

die Wahl eines Landeshauptmann-Stellvertreters.

Die Wahl wird mittels Stimmzettels vorgenommen. Die Herren Abgeordneten werden ersucht, die Stimmzettel den einsammelnden Dienern zu übergeben, und die Herren Schriftführer des Hauses werden ersucht, die Zählung der Stimmzettel vorzunehmen. Also zuerst findet die Wahl eines Landeshauptmann-Stellvertreters statt. Wo sind die Herren Schriftführer? (Landesrat Dr. Klusemann: „Herr Abgeordneter Thoma ist abwesend!“) Ich bitte also die Herren Abgeordneten Gäß und Gföller. (Nach Abgabe der Stimmzettel und Zählung derselben.) Abgegeben wurden im ganzen 60 Stimmzettel. Davon lauten 18 auf Herrn Abgeordneten Pongraf, 1 auf Herrn Abgeordneten Fasching und 41 sind leer. Abgeordneter Pongraf ist also zum Landeshauptmann-Stellvertreter gewählt und ich frage den Herrn Abgeordneten, ob er die auf ihn gefallene Wahl annimmt.

Abgeordneter Pongraf: Nachdem die Wahl zum Landeshauptmann-Stellvertreter unserer Partei zusteht, nehme ich die Wahl an.

Landeshauptmann: Damit ist die Wahl des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters vollzogen; es kommt jetzt

die Wahl eines Landesrates,

welche ebenfalls durch Stimmzettel erfolgt. Ich bitte die Herren Schriftführer, sich wieder heraufzube-

mühen und die Zählung vorzunehmen. (Nach Abgabe der Stimmzettel und Zählung derselben.) Von den 59 abgegebenen Stimmen entfallen auf Herrn Abgeordneten Dr. Eisler 18, auf Herrn Abgeordneten Stameg 5. Die übrigen 36 Stimmzettel waren leer. Es ist daher Herr Abgeordneter Dr. Eisler zum Landesrat gewählt. Ich frage den Herrn Abgeordneten Dr. Eisler, ob er die Wahl annimmt.

Abgeordneter Dr. Eisler: Ich nehme die Wahl an.

Landeshauptmann: Damit ist die Wahl vollzogen. Wir gehen zum nächsten Punkt der Tagesordnung über, d. i. der

mündliche Bericht des Landeskulturausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 441, betreffend die Regulierung der Rittschein in den Gemeinden Breitenfeld, St. Kind, Aschbach und Ruppertsdorf.

Berichterstatler ist Herr Abgeordneter Franz Stocker.

Berichterstatler des Landeskulturausschusses Abgeordneter Stocker (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Namens des Landeskulturausschusses habe ich die Ehre Bericht zu erstatten über den Bericht des Landesrates, betreffend die Regulierung der Rittschein in den Gemeinden Breitenfeld, St. Kind, Aschbach und Ruppertsdorf. Zur Durchführung der geplanten Entwässerung in der Gemeinde Breitenfeld ist eine teilweise Regulierung des Rittscheins dringend notwendig. Um den Umfang und die Möglichkeit der Ausführung dieser Teilregulierung ohne Gefährdung der Anschlußstrecken festzustellen, hat das Landes-Bauamt mit der kulturtechnischen Abteilung auf Grund des in Ausarbeitung begriffenen Generalprojektes vom 13. bis 15. April 1920 eine informative Lokalerhebung des Rittscheintales vorgenommen.

Bei dieser Begehung wurde festgestellt, daß die Strecke in den Gemeinden Breitenfeld, St. Kind und Walkersdorf vom kulturtechnischen Standpunkte am dringendsten einer Regulierung bedarf.

Im Generalprojekte für die Regulierung der Rittschein in der genannten Strecke ist vorgesehen, den Lahnbach als Vorflutgraben für die Wiesenentwässerung und für die Hochwasserableitung auszubauen.

Für diese Teilregulierung, also von der Einmündung des Lahnaches in die Rittschein bei Kilometer 16.166 bis zur Walkersdorfer Mühle, Kilometer 21.400, hat das Landesbauamt einen Einzelentwurf studiert, wo-

bei die kulturtechnischen Maßnahmen berücksichtigt wurden.

Die Kosten dieser Teilregulierung wurden nach den Preisverhältnissen im Mai 1920 auf 2.400.000 K veranschlagt.

Mit Rücksicht auf die Entwässerung und Bauausführung kann diese Strecke in zwei Bauabschnitte geteilt werden.

Nach dem Meliorationsgesetze vom 4. Jänner 1909 würden sich die Kosten für die gesamte Teilregulierung wie folgt verteilen:

50 Prozent Staatsbeitrag	1.200.000 K
30 „ Landesbeitrag	720.000 „
20 „ Interessentenbeitrag	480.000 „
zusammen	2.400.000 K

Was den Interessentenbeitrag anbelangt, so würden von den 480.000 K auf den Bezirk Fürstenseld 152.000 K, Bezirk Feldbach 328.000 K, entsprechend den auf die zwei Bezirke entfallenden Bachlängen, entfallen. Im Voranschlage für das Jahr 1920 wurden für die Rittscheinregulierung als Landesbeitrag 30.000 K eingestellt (für Projekt und Verhandlungen).

Der Gemeinde Breitenfeld sowie den Bezirken Feldbach und Fürstenseld wurden die Kosten der Teilregulierung bekanntgegeben und empfohlen, schon jetzt Vorverhandlungen wegen Aufbringung des Interessentenbeitrages zu pflegen und wegen Sicherstellung der Erhaltung die nötigen Vorverhandlungen durchzuführen.

In nächster Zeit wird das Projekt der Bezirkshauptmannschaft Feldbach zur Durchführung der wasserrechtlichen Verhandlung übermittelt werden.

Nach Erteilung der Baubewilligung werden vom Landesrate die Verhandlungen, betreffs Bedeckung des Kostenverfordernisses, gepflogen.

Auf Grund dieser Ausführungen stellt der Landesrat folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrates, betreffend die Rittscheinbachregulierung wird zur Kenntnis genommen. Im Voranschlage für das Jahr 1921 ist ein entsprechender Betrag für die Bauinangriffnahme einzustellen.“

Namens des Landeskulturausschusses bitte ich um Annahme des Antrages.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 387, betreffend Änderung der Statuten an der Landes-Berg- und Hütten Schule in Leoben.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Franz Kölbl.

Berichterstatter des Unterrichtsausschusses Kölbl (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Dem Unterrichtsausschusse lag vor ein Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend eine Änderung der Statuten an der Landes-Berg- und Hütten Schule in Leoben.

Der Landesrat hat in seiner Sitzung am 2. August 1919 grundsätzlich beschlossen, den Wirkungskreis der aufgelassenen Bergschule in Klagenfurt unter gewissen Bedingungen durch die Landes-Berg- und Hütten Schule in Leoben übernehmen zu lassen.

Da die Verhandlungen mit Klagenfurt zu einem günstigen Abschlusse gelangten, konnte die Zusammenlegung der genannten Schulen erfolgen.

Wegen dieser Vereinigung war es notwendig, das Statut der Landes-Berg- und Hütten Schule in Leoben verschiedenen Änderungen zu unterziehen.

Die wesentlichste Abweichung gegenüber dem bisher geltenden Statut betrifft die Organisation der Schule. Die Einteilung der Bergschule in einen Vorbereitungskurs, Steigerkurs und Markscheidergehilfenkurs wurde fallen gelassen, da sich der lehterwähnte mit einer dreimonatigen Dauer als nicht lebensfähig erwiesen hat. An Stelle dieser im Betrieb als schwerfällig empfundenen Organisation wurde ein einheitlicher, aus zwei Jahrgängen mit je neun Monaten Unterrichtszeit bestehender Kurs gesetzt. Hiedurch wurde die Besuchsdauer für die vollständige Absolvierung der Bergschule nicht verlängert, wohl aber der für den Betrieb sehr schätzenswerte Vorteil einer größeren Beweglichkeit für die Einteilung des Unterrichtsplanes erreicht. In Übereinstimmung damit wurde auch die Beengung der einzelnen Kurse durch die Einteilung in Quartale aufgehoben. Der im entfallenden Vorbereitungskurse behandelte Lehrstoff kommt nun im ersten Jahrgange, der des Markscheidergehilfenkurses im zweiten zur Behandlung.

Der Termin der Anmeldung hat ebenfalls eine Änderung erfahren, da sich die Anmeldung ein halbes Jahr vor Beginn des Kurses als unpraktisch sowohl für die Schule als auch für den Aufnahmewerber er-

wiesen hat. Den Aufnahmzwerbern aus Kärnten wurde dieselbe Begünstigung wie denen aus Steiermark zugesichert, was in den Bedingungen der Übernahme der Bergschule Klagenfurt begründet ist. Das Land Kärnten verpflichtete sich, jährlich einen Betrag von 2000 K als Subvention für die Landes-Berg- und Hüttenschule zu leisten. Weiters hat das Land Salzburg eine Subvention von je 2000 K jährlich auf fünf Jahre zugesagt, wofür diesem Lande zwei Plätze während dieser Zeitdauer für Schüler reserviert wurden. Kärnten und Salzburg haben auch das Recht, Vertreter in das Kuratorium zu entsenden.

Das Schulgeld wurde gemäß der neuen Einteilung bestimmt und beträgt jetzt in jedem Jahrgange für Schüler, die nach Steiermark, Kärnten und solchen Ländern zuständig sind, die zur Erhaltung der Schule entsprechende Beiträge leisten, 30 K, für sonstige Inländer 90 K und für Schüler aus dem Auslande 270 K. Weiters sind Schulgeldbefreiungen für dürftige und würdige Schüler vorgesehen.

Dem Staatsamte für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten wurde am 8. Dezember 1919, Zl. 29.811, der Entwurf eines neuen Statutes der Landes-Berg- und Hüttenschule in Leoben zur Stellungnahme zu den von der Direktion, beziehungsweise dem Kuratorium im vorstehenden Sinne gestellten Abänderungsvorschlägen übermittelt. Infolge Erlasses vom 22. März 1920, Zl. 24.204/XIV/Arb. aus 1919, hat das Staatsamt die Zusammenlegung der steiermärkischen Landes-Berg- und Hüttenschule in Leoben mit der Bergschule in Klagenfurt zur Kenntnis genommen und der ersteren für das Jahr 1920 einen Staatsbeitrag von 29.000 K bewilligt. Diese Subvention umfaßt den bisher der Bergschule in Klagenfurt gewährten Staatsbeitrag von jährlich 17.000 K, deren Überweisung an die Leobener Schule bei der Übernahme vom Lande ausbedungen worden war und die bisherige Subvention von 12.000 K für die Leobener Schule.

An dieser Stelle muß noch besonders festgestellt werden, daß durch die Übernahme der Klagenfurter Bergschule daher dem Lande beinahe ausschließlich nur Vorteile erwachsen sind.

Weiters hat das Staatsamt mit Note vom 12. April 1920, Zl. 30.110/XIV/Arb. aus 1919, den Landesrat verständigt, daß es bereit ist, das neue Statut zu genehmigen, wobei im Einvernehmen mit dem Staatsamte einige Änderungen vorgenommen wurden, die sich in der Hauptsache mit den Disziplinarvorschriften befassen, welche der neuen Zeit angepaßt wurden und die Bedingungen der Aufnahmprüfung betreffen, für welche von einer Verschärfung abgesehen wurde.

Der Landesrat hat nun folgenden Antrag gestellt (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die im Sinne des Berichtes des Landesrates, Beilage Nr. 387, vorzunehmende Änderung des Statutes der Landes-Berg- und Hüttenschule in Leoben wird genehmigt.“

Der Unterrichtsausschuß bittet das hohe Haus, diesen Antrag des Landesrates zu genehmigen.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann: Wir gelangen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Berichte des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 444 und Beilage Nr. 402, betreffend die Bewilligung zur Einhebung von Gemeindezuschlägen im Ausmaße von mehr als 300 Prozent zu den direkten umlagepflichtigen Staatssteuern,

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Zenobius Riemer.

Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses Riemer (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Ich habe die Ehre zu berichten über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Bewilligung zur Einhebung von Gemeindezuschlägen im Ausmaße von mehr als 300 Prozent zu den direkten umlagepflichtigen Staatssteuern. Der Antrag des Landesrates lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der hohe Landtag wolle für das Jahr 1920 zur Bedeckung der Gemeindeerfordernisse

der Gemeinde Apfelberg im Gerichtsbezirk Knittelfeld die Einhebung einer 290prozentigen Umlage auf die Hauszinssteuer und einer 400prozentigen Umlage auf die Grund-, Hausklassen-, Erwerb- und Rentensteuer,

der Marktgemeinde Eisenerz im gleichnamigen Gerichtsbezirk die Einhebung einer 50prozentigen Umlage auf die Besoldungssteuer, einer 100prozentigen Umlage auf die Hausklassensteuer von den halbsteuerfreien Objekten, einer 200prozentigen Umlage auf die Grund-, nicht begünstigte Hausklassen-, Hauszins-, Renten- und allgemeine Erwerbsteuer, einer 380prozentigen Umlage auf die besondere Erwerbsteuer der Österreichischen Alpinen Montangesellschaft und einer 200prozentigen Umlage auf die besondere Erwerbsteuer der übrigen zur öffentlichen

Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen, und

der Gemeinde Pürgg im Gerichtsbezirk Jrdning die Einhebung eines 250prozentigen Zuschlages zur Hauszinssteuer und eines 370prozentigen Zuschlages zur Grund-, Hausklassen-, Erwerb- und Rentensteuer bewilligen.

Der Landesrat wird beauftragt, die Genehmigung der Staatsregierung für diese Beschlüsse ehestens einzuholen.

2. Der hohe Landtag wolle das nachstehende Gesetz beschließen und den Landesrat ermächtigen, unwesentliche Änderungen daran nötigenfalls selbst vorzunehmen."

Nachdem die Gesetzesvorlage den Mitgliedern des hohen Hauses ohnedies im Drucke vorliegt, glaube ich, nichts weiter hinzufügen zu dürfen, und ich glaube, von der Verlesung der verzeichneten Gemeinden Abstand nehmen zu können. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt, und ich stelle im Namen desselben den Antrag:

"Der hohe Landtag wolle den Antrag, wie er vom Landesrate gestellt wird, in unveränderter Form annehmen."

Abgeordneter **Leichin**: Hohes Haus! Unser alter Parteigenosse August Bebel in Deutschland hat einmal gesagt: „Ein Lot Wahrheit wiegt einen Zentner Unwahrheit und Dummheit auf.“

Diese beiden Vorlagen, die uns heute beschäftigen, können genau auf die gegenwärtigen Verhältnisse angewendet werden. Alle beiden Vorlagen Nr. 444 und Nr. 402 sagen mit einem Schlage oder entlarven mit einem Schlage all diese politische Demagogie außerhalb dieses Hauses, die aus der Unwissenheit der Massen ihren politischen Honig zu gewinnen sucht. Wenn wir diese Vorlage betrachten, so erfahren wir, daß eine ganze Reihe von Gemeinden Umlagen bis zu 840 Prozent erheben. Alle diese Gemeinden sind Landgemeinden, die in der Mehrzahl von der christlichsozialen und von der bauernbündlerischen Partei verwaltet werden. Wir verstehen vollständig und finden auch in der Vorlage Nr. 402 begründet, was die Ursache dieser ungeheuren Umlagen ist. Aber wenn wir hören, was in den bürgerlichen Zeitungen in der Öffentlichkeit von den Politikern des Bürgertums verbreitet wird, dann besteht nur dort eine Miswirtschaft und eine ungeheure Umlagerhöhung, wo eine sozialdemokratische Mehrheit besteht oder wo die Sozialdemokraten die Gemeinden verwalten. Sie sehen, daß mit einem Schlage alles das, was in tausend Stimmen

verbreitet wird, zur Unwahrheit gestempelt wird und daß sich alle diese Bürgerparteien durch diese Vorlage an ihren eigenen Strick hängen. Es heißt hier in der Vorlage Nr. 402 als Begründung, daß die gegenwärtig hohen Auslagen für die Gebäudeerhaltung, für die Schulen, für die Beamten und Angestellten der Gemeinden diese hohen Umlagen erfordern und daß mit den gegenwärtigen Umlagen aus diesen Gründen nicht auszukommen wäre. Es ist ohne weiteres richtig und wir können zustimmen, daß das, was als Begründung zur Forderung nach höheren Umlagen angeführt wird, richtig ist; nur müßte man umstellen und müßte sagen: „Infolge der hohen Auslagen für Beamte und Schulen usw.“ Wenn man diese Begründung liest, müßte man der Ursache derselben nachspüren. Es ist wichtiger, die Ursache zu kennen, als die Begründung allein. Erst, wenn ich die Ursachen kenne, weiß ich, welche Wege einzuschlagen sind, um dieser Kalamität und deren furchtbaren Folgen aus dem Wege zu gehen und den Weg der Besserung zu beschreiben. Ich glaube, daß jeder, der dem Antrage zustimmt, nichts weiter will, als den Weg der Besserung herbeizuführen. Was wir hier beschließen, kann nur für die Vergangenheit oder für die allernächste Zukunft beschlossen werden. Wir sind noch nicht über die schiefe Ebene hinaus, die uns in einen solchen Zustand hineingeführt hat. Wir befinden uns noch auf dieser schiefen Ebene. Die Ebene wird immer noch schief und wir werden noch rasch genug auf den Punkt kommen, der den Zusammenbruch des ganzen Staates herbeiführt. Da müssen wir nun fragen: „Was ist die Ursache?“ Die Ursachen zunächst will ich nicht aufrollen. Im weiteren Sinne aber, was uns in diesen Zustand geführt hat, ist der ungeheure Weltkrieg, in den wir verantwortungslos hineingeheßt worden sind. Der Weltkrieg hat uns jenen Zustand heraufbeschworen, in dem wir jetzt leben, es droht der allgemeine Zusammenbruch und der Zusammenbruch droht jenen Leuten, die den Weltkrieg herbeigeführt haben, er droht aber auch jenen, die nach dem Zusammenbruche einige politische Ruhe erobert haben und die für die arbeitenden Klassen gesucht haben, zu erobern, was notwendig ist, um ein notdürftiges Einkommen und einigermaßen die Sicherheit des wirtschaftlichen Lebens zu begründen. Wenn wir weiter fragen, so müssen wir sagen, daß die Folgen des Weltkrieges sich darin zeigen, daß eine immerwährende Steigerung der Preise auf allen Gebieten vor sich geht. Die Grundlage des Lebens sind aber die Ernährungsverhältnisse. Ohne Nahrung können wir nicht leben, nicht arbeiten. Wenn diese Ernährungs-

verhältnisse schwere sind, wenn die Lebensmittel mit jedem Tage steigen, dann müssen auch alle Dinge im Preise steigen, müssen auch die Preise der Löhne steigen, müssen die Gehälter aller Angestellten steigen, weil sie diese Gehälter zum Leben brauchen, weil sie ohne diese Gehälter und ohne diese Löhne nicht leben und existieren können. Wir haben ein Interesse, daß das Volk gesund erhalten wird, weil gerade der Krieg das Volk physisch und moralisch untergraben hat. Deshalb ist es Pflicht jeder gesetzgebenden Körperschaft, Sorge zu tragen, daß die Löhne und Gehälter in derselben Weise steigen, wie die Preise der Lebensmittel steigen. Man müßte doch erwarten, daß auf Grund dieser Vorlage allein jene Parteien, die die Besitzer der Lebensmittel sind, die die Produzenten der Lebensmittel sind, in ihren eigenen Gemeinden, wo nicht der Jude und die Sozi sitzen, zur Erkenntnis kommen werden und sich sagen werden, dort müssen wir anfangen, die Preise abzubauen, die die Grundlage des Lebens sind. Wenn wir nicht anfangen, die Preise abzubauen, wo die Grundlage alles Lebens zu suchen ist, dann müssen wir zerschellen an unserem eigenen Egoismus, der uns daran hinderte, für das Wohl der Gesamtbevölkerung zu sorgen. Aber gerade in der letzten Zeit haben wir es von allen bürgerlichen Parteien in der Nationalversammlung erlebt, daß gerade sie gesorgt haben, daß das Kontingent des bischen Mehles, das wir noch in unseren Ländern aufbringen können und worauf die Entente und die Reparationskommission hinweisen wird, daß es unsere Pflicht ist, daß das bischen Getreide zusammengebracht werde, so tief wie möglich gesetzt wird und daß das Überkontingent frei in den Handel gebracht wird. Sie sagen, daß damit der Schleichhandel beseitigt werde. Das ist ein Betrug der eigenen Meinung. Es ist nicht wahr. Gerade das Umgekehrte ist wahr. Da wird der Schleichhandel und die Schleichhändler, die innerhalb des Landes tätig sind, gerade zum gesetzgebenden Faktor erhoben. Meine Herren! Sie sind so gegen die Juden und Sie als die Bauernvertreter haben seit Jahrzehnten gegen die jüdische Getreidebörse geschimpft und heute führen Sie diese Getreidebörse ein und sorgen durch Ihre Anträge in der Nationalversammlung dafür, daß jene Juden den Bauern das Getreide abknöpfen. Sie müssen doch sagen, daß der freie Handel die Geltung nur dann erreicht, wenn das Angebot und die Nachfrage sich die Wage halten. Wenn aber die Nachfrage größer ist als das Angebot und bei uns überwiegt sogar die Nachfrage das Angebot, da müssen Sie sagen, daß, wenn diese Freiheit des Handels eingeführt wird, alle diese Kreise, die Sie direkt und indirekt auf das eifrigste

unterstützen, die Gelegenheit benützen, um auch das Brot der Bevölkerung noch teurer zu machen und die Preise der Lebensmittel ins Unersehbare zu treiben. Sie beklagen sich, daß die Industrieprodukte so ganz ungeheure Preise erhalten, so daß einige Industrieprodukte um 100 und 200 Prozent gestiegen sind. Ich will nicht untersuchen, um wieviel Prozent ein Liter Milch, ein Kilogramm Fleisch, ein Kilogramm Mehl gestiegen sind, ich will nicht untersuchen, meine Herren, um wie viel Prozent das Brot gestiegen ist und um wieviel Prozent nach der Annahme dieses Gesetzesentwurfes in der Nationalversammlung das Brot noch steigen wird; und Sie glauben damit den Bauern zu helfen, der nur kurz rechnet, daß 10 K mehr als 6 K sind und daß 1000 K mehr als 200 K sind. Sie sagen aber nichts von der Geldentwertung durch Ihre Politik und Sie sagen nicht, daß dadurch auch die Industrieprodukte ungeheuer im Preise steigen. Der Bauer, der eine zerlumperte Keusche hat, hat zwar viel Geld, aber er kann in keiner Weise dafür sorgen, daß er die Keusche wieder instandsetzt und so verarmt er, und vor allem seine Nachkommen werden verarmen. Sie wissen, daß auch die Preise für das Getreide und das Vieh bestimmend sind auf die Preise für den Grund und Boden und daß der Grund und Boden infolge der erhöhten Preise der Lebensmittel ungeheuer in die Höhe gehen wird und der Bodenwucher entsteht, so daß es ausgeschlossen ist, Grund und Boden zu kaufen und die Bauern verschulden müssen. Sie sehen, daß Sie mit Ihrer Parteipolitik nicht nur das Land, sondern auch die Klassengenossen zugrunde richten. Es ist notwendig, das im öffentlichen Hause zu sagen, wo Sie nicht auskneifen können. (Abgeordneter Schreckenthal: „Was heißt auskneifen?“) Wir werden ja sehen. Schauen Sie, ich habe ja gesagt, ich bin neugierig, in welcher Weise dies zutrifft. Ich habe ja gesagt, daß durch Ihre Tätigkeit die Lebensmittelpreise in das Ungeheure in die Höhe schnellen und, was glauben Sie, was für Folgen dies auf die Arbeiterschaft und was für Folgen dies auf die Arbeiter der Gemeinden, des Landes und des Staates haben wird. Die Gemeinden, das Land und der Staat können nicht so schnell die Höhe der Steuern anpassen den Preisen, wie das bei einem Unternehmer der Fall ist. Der Unternehmer, den Sie schützen, und dem Sie nicht vorwerfen, daß er die Teuerung und Hinauffschraubung der Preise ausnützt und höhere Profite einsteckt, als die Löhne der Arbeiter steigen, den Sie in Schutz nehmen. Sie sollten nicht den profitgierigen Unternehmer in Schutz nehmen, sondern Sie müßten mit uns stimmen, damit nicht der Profit in die Taschen der

Industriellen fließt, sondern abgezogen wird vom Preise und der Preis für die Industrieprodukte herabgesetzt wird. Was glauben Sie, wenn durch diese erhöhten Preise der Lebensmittel die Industrieprodukte noch teurer werden, wird der Bauer in die Gelegenheit kommen, sich dann diese notwendigen Industrieprodukte, die er zur Bearbeitung des Bodens so dringend braucht, noch zu beschaffen? (Landeshauptmann gibt das Glockenzeichen: „Ich möchte den Herrn Redner bitten, zur Sache zu sprechen.“) Ich werde zur Sache sprechen. Was für Folgen wird das für die Gemeinde haben, für die Länder und für den Staat, die Angestellten der Gemeinde, die Beamten der Gemeinde, des Landes und des Staates? Sie sind doch jene Herren, die immer und bei jeder Gelegenheit sagen, ja diesem Elend kann man die Beamten nicht preisgeben. Wer ist der Urheber, der die Sache verschuldet hat. Sind etwa wir das? Sie selbst sind es. Wo sollen die Gemeinden, Länder und der Staat das Geld hernehmen, um für die Beamten die Gehälter zu bezahlen, daß sie leben können? Sie wissen, in welcher schwieriger Lage die Gemeinden sind und Sie selbst erzählen in der Vorlage, daß die Gemeinden nicht das Geld haben, um die Beamtengehalte auszubehalten und Schulden über Schulden machen müssen. Dazu kommt noch der Umstand, daß, wie in der Beilage Nr. 402 angeführt ist, auch die Armenlasten steigen, und zwar in das Unerträgliche, und daß es deshalb auf Grund der gesteigerten Armenlasten erforderlich ist, daß die Umlagen erhöht werden. Die Armenlasten steigen ganz ungeheuer, und wenn nicht in manchen Gemeinden, wo unsere Partei am Ruder ist, wenn nicht die Arbeiter etwas aufgebracht hätten, hätten die Gemeinden die Armenlasten nicht bezahlen können. Die früheren Verwalter der Gemeinden haben sich wenig darum gekümmert. Es gibt eine ganze Reihe von Pensionisten, die von großen kapitalistischen Gruppen, wie z. B. von der Alpinen Montangesellschaft, 10 K pro Monat Pension beziehen. Wie kann jemand damit leben? Es gibt eine Reihe von Beamten in diesen Bezirken, in Vorderberg und Eisenerz, wo sie auch unzureichende Pensionen beziehen. Die Unternehmer, die Millionen in ihre Säcke gesteckt haben, kümmern sich nicht um die Daseinsbedingungen dieser armen Pensionisten. Ihnen ist es gleichgültig, ob sie verhungern oder nicht. Deshalb ist die Gemeinde verpflichtet, wenn sie diese Pensionisten nicht verhungern lassen will, solche ungeheure Umlagen zu erheben. Sie sehen auch auf diesem Gebiete, daß Sie durch Ihre Politik ideell die Veranlasser sind. Durch Ihre politische Tätigkeit sind die Verhältnisse schwierig geworden

und dadurch werden die Pensionisten dem Hunger ausgeliefert. Ich weiß nicht, ob Sie es mit Ihrem christlichen Gewissen verantworten können, daß draußen tausende armer Menschen, die 40, 50, 60 Jahre lang ihr Leben, ihre Arbeitskraft, hingegeben haben, ob Sie verantworten können, daß diese armen Menschen vom Bettel leben. Wenn nicht einzelne Arbeiter von ihrem Lohne in der Woche einen bestimmten Prozentsatz abgeben würden, würden manche Gemeinden ihre Armen nicht unterstützen können. Sie sehen, verehrte christliche Herren (Gelächter bei den Christlichsozialen), wie diese Arbeiter solidarisch die Arbeiter unterstützen. Sie wollen lachen. Vielleicht lachen Sie selbst über Ihr Christentum, das den Daumen auf der Geldbörse hat, oder Sie veranstalten Wohltätigkeitsaktionen. (Landeshauptmann gibt das Glockenzeichen: „Bitte zur Sache!“) Sie sehen also, daß durch Ihre Politik die Armen in eine furchtbare Zwangslage getrieben werden und daß die Gemeinden nicht in der Lage sind, die Mittel aufzubringen, die erforderlich sind, um die armen Leute zu ernähren oder zu geben, was sie zur Ernährung notwendig brauchen. Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsache weiß ich nicht, durch welche politische Mittel diese aus der Welt zu schaffen sind. Wie ist es verwunderlich, daß Sie Umlagen erhöhen, daß die Städte und Länder Umlagen erhöhen. Dort, wo Sie selbst oder wo doch Ihre Leute in der Verwaltung sitzen. In der Beilage Nr. 444 lesen Sie die Gemeinden, die bis 840 Prozent Umlagen fordern. Sie sind alle von Bauernbündlern und Christlichsozialen. (Widerspruch, Gelächter.) Wenn Sie das widersprechen, dann müssen Sie die Vorlage nicht gelesen haben. Wenn Sie lachen, so ist es nur ein Beweis, daß Sie diese Vorlage nicht studierten, sonst würden Sie nicht lachen, sondern zugeben, daß es nicht anders ist. Wir erkennen die tieftraurige Lage der Gemeinden und wollen nur konstatieren, daß sie durch Ihre Politik in eine Zwangslage gebracht wurden und daß Sie selbst daran schuld sind. Ich will nur konstatieren, daß diese Gemeinden diese Umlagen fordern. Wir verstehen ganz gut deren Notlage. Diese ist verschuldet durch Sie und nur eine Folge des Krieges. Durch diese Notlage sind die Gemeinden genötigt, Umlagen zu erhöhen. Darum ist es merkwürdig, daß Sie draußen, wo Sie die unwissenden Massen unter sich haben, wo Sie die Klassengenossen vor sich haben, die Sozialisten anklagen, die nicht Produzenten des Getreides sind, wenn die Schulden von Gemeinden und des Staates wachsen, aus natürlichen und Gründen, die Sie selbst anführen und die Ihre eigenen Gemeinden dazu geführt haben, die Umlagen bis zu 840 Pro-

zent zu erhöhen. Ich behaupte, daß wir noch nicht am höchsten Punkte angelangt sind. Das sind nicht die höchsten Steuern. Ich bin überzeugt, daß alle Gemeinden, die auf dieser Landtagsvorlage angeführt sind, in ganz kurzer Zeit wieder kommen müssen, und bin ich unterrichtet, daß diese Forderungen unzulänglich sind, daß eine Reihe von Gemeinden Nachtragsforderungen gestellt haben und daß sie auch mit diesen Nachtragsforderungen ihr Auslagen nicht finden werden. Wenn Ihre Politik so weiter geht, dann muß Ihre Politik die Gemeinden dazu führen, neuerdings mit Anträgen auf Erhöhung der Umlagen wieder zu kommen. Wohin soll das führen? Sagen Sie mir, wohin das führt, wenn Staat, Land und Gemeinde zum selben Mittel gezwungen werden? Dann scheint es mir merkwürdig, daß dieselben Herren, die für die Gemeinden erhöhte Umlagen fordern, daß Ihre Parteigenossen dafür eintreten, die Steuern des Landes zu erniedrigen und die Einnahmequellen des Landes und der Gemeinde zu verstopfen. Es wurde erst jüngst im Budgetausschusse vom Herrn Abgeordneten Schrecken-thal behauptet, daß durch die Wertzuwachsabgabe einige zu Unrecht getroffen worden sind, weshalb eine Herabsetzung oder eine Ausschaltung der Wertzuwachsabgabe notwendig ist. Damit entziehen Sie dem Lande eine Steuereinnahmequelle, und wenn Sie das tun, dann ist es unmöglich, daß das Land daran denken kann, die Not der Gemeinden zu sanieren, was die Gemeinden aus eigenen Mitteln nicht können. Die Gemeinden sind belastet durch die Auslagen für Gebäude und Straßen und für die Beamten. Sie sind nicht in der Lage, aus eigener Kraft für die sich daraus ergebenden Abgänge aufzukommen. Es ist darum notwendig, daß das Land und der Staat eine gründliche finanzielle Reform durchführt. Allerdings dürfen Sie nicht Arm in Arm gegen die Vermögensabgabe demonstrieren, sondern Sie müssen mithelfen, wenn den Profitmachern ein Stückchen vom erwachsenen Kapital zum Wohle der Gemeinden und des Staates abgenommen wird. Aber nicht nur der Herr Abgeordnete Schrecken-thal und die um den Herrn Schrecken-thal bemühen sich die Steuerquellen des Landes zu verstopfen, sondern auch, wie der Antrag in Beilage Nr. 472 ausweist, die drübere Seite des Hauses, die Herren Abgeordneten Gah und Genossen, indem nach dem Antrage gesagt wird, daß die Staatsregierung verhalten werden soll, den Besitzern von Mietshäusern, besonders im Falle sehr notwendiger Herstellungen, Steuererleichterungen zu gewähren. Es sollen die Hausbesitzer schadlos gehalten werden, weil sie auf Grund des Mieterschutz-

gesetzes nicht in der Lage sind, die Mieten zu erhöhen und so ihre Häuser entsprechend zu verzinsen. Den Hausbesitzern will man helfen. Sind aber nicht auch kleine Rentenbesitzer beteiligt, welche erste Hypotheken auf Häusern haben? Wie soll man die schadlos halten? (Widerspruch, Lärm.) Wir vertreten nicht nur die Arbeiter.

(Landeshauptmann gibt das Glockenzeichen: „Ich bitte den Herrn Redner, zur Sache zu sprechen!“)

Das, was ich spreche, ist im Rahmen der Sache, denn wir vertreten nicht nur die Arbeiter und Beamten, sondern wir vertreten auch das mobile und immobile Kapital, und deshalb sind Sie als Schutzhengel schnell für die Hausbesitzer aufgetreten, um ihnen unter die Arme zu greifen, sie schadlos zu halten auf Kosten des Landes, der Gemeinde und der großen Schichte der arbeitenden Bevölkerung. Ich möchte an Ihre Reihen die Frage richten, nicht nur an die Partei des Herrn Schrecken-thal, sondern vor allem da drüben, da sitzen ja Arbeitervertreter, da sitzen selbst Vertreter der Städte und des Landes, ich möchte fragen, wie Sie diese Politik überhaupt inaugurieren können, oder wie es möglich ist, den Mut aufzubringen, derartige Anträge zu zeichnen. Ich möchte jene Herren Arbeitervertreter da drüben fragen, und es sind ja einige Arbeitervertreter unter ihnen, wie wollen Sie in Eisenerz oder in Vorderberg, in allen diesen Gemeinden die Armen fördern, wenn Sie gleichzeitig diese Politik verteidigen und die Lebensmittel verteuern. Und ich möchte noch dazusetzen, wie ist es möglich, daß Sie als Arbeitervertreter, als Vertreter der Gemeinden, diese Politik mitmachen? (Abgeordneter Neufuß: „Wenn Sie das Kilo Kirschen um 15 K verkaufen, nennen Sie das gerecht?“) Wir sehen durch Ihre ganze Politik, die Sie da treiben, und gerade durch diese beiden Vorlagen, ich wiederhole es, gerade diese beiden Vorlagen entlarven mit einem Schlage das ganze Heer der Demagogie außerhalb des Hauses, welche die Dummheit und Unwissenheit der Partei auf Kosten der Bevölkerung auszunutzen versucht. Diese Vorlagen beweisen, welche Demagogie auf Kosten der Bevölkerung getrieben wird. Wir sagen es offen, wir werden diesen Antrag annehmen, wir werden ihm zustimmen, weil es für uns als Partei nicht anders möglich ist, Sie können nicht konstatieren, daß ich gegen diesen Antrag nur ein Wort gesagt habe. Ich habe sie in meinem Prinzip verteidigt und das, was ich gesagt, sagte ich nur gegen Ihre demagogische Politik und das wälzen Sie auch auf Ihre übrige Bruderhälfte, denn beide raufen sich um den Raub. Ich wollte nur sagen, daß Sie daran schuld sind, wenn unsere Gemeinden

furchtbare wirtschaftliche und finanzielle Sorgen haben. (Abgeordneter G a ß: „Ein sozialdemokratischer Bürgermeister bezieht 12.000 K. Jahresgehalt!“ — Abgeordneter N e u f u ß: „Das ist nur Ihre Wut, weil Sie das nicht einstecken können. Deshalb die ganze Wut gegen uns und der ganze Haß!“ — Abgeordneter P r i m u s: „Die Sozialdemokraten sind auch keine Gutsbesitzer. Als Gutsbesitzer und Bankbeamter ist es leicht, Bürgermeister zu sein!“ — Abgeordneter N e u f u ß: „Sie waren Bankbeamter, Sie sind aber weggegangen von der Arbeit, weil das erträglicher ist!“)

Gerade Ihre Zwischenrufe beweisen, wie kurzfristig Sie auch bei diesen Dingen operieren. Sie beweisen, daß Sie genau so hier wie draußen arbeiten und daß Sie Ihre Politik darauf aufbauen, daß einer sagt: „Der Kerl hat eine Villa und als Arbeitervertreter bezieht er 12.000 K!“ Wollen die Herren haben, daß wir ihnen nachweisen, wie viel sie beziehen? (Abgeordneter N e u f u ß: „Was bezieht denn der Herr Landeshauptmann aus der Steuerbank?“) Nein, eine solch kurzfristige Politik treiben wir nicht! Darauf richtet man keine Politik einer Gemeinde auf, wenn man sagt, der bezieht 12.000 K. Wenn er arbeitet und fleißig arbeitet, dann ist er auch dieses Lohnes wert. (Abgeordneter N e u f u ß: „Der Mann arbeitet, aber Ihr arbeitet nichts!“)

Ich werde Ihnen sagen, daß Sie viel eher Ursache hätten, jenen diesen Vorwurf zu machen, die auf Ihrer Seite stehen und die vielleicht noch einen Teil der Staatseinnahmen, die wir besitzen, vergeuden, indem sie in der Form des Autofahrens politische Geschäfte betreiben. Ob Sie nicht einen größeren Teil des Staatsvermögens, der Volkseinnahmen mit Hilfe der Autos verschwenden, das will ich nicht untersuchen. Das soll meine Antwort sein auf die kurzfristige, politische Polemik. Ich will mich nicht auf diesem Gebiete bewegen, weil ich mich als Arbeiter schämen würde, dieses Gebiet der politischen Polemik zu betreten. Wenn Sie keine besseren Kampfmittel haben, dann lesen Sie ein Brevier, wo Sie eine goldene Himmelsleiter bauen, und dann überlassen Sie die Politik jenen verlässlichen Elementen, die gewillt sind, für ihre Handlungen und Redensarten die Verantwortung zu tragen. Daß Sie die Verantwortung nicht tragen wollen, das bezeugt Ihre Politik am Lande und in der Landstube selbst und die Politik, die Sie draußen verzapfen. Wir werden für diese beiden Vorlagen stimmen, weil die Gemeinden dieses Geld brauchen, und wir sehen auch voraus, daß die Gemeinden noch mehr verlangen werden. Wir stehen aber auf dem Standpunkte, daß das nicht die Folge der sozialdemokratischen Mißwirtschaft ist, wir

sind ehrlich genug, um zu sagen, wo diese Mißwirtschaft liegt. Das sind die Folgen der Kriegswirtschaft und Ihrer Steuerpolitik. Dies wird sich immer mehr noch rächen an den Löhnen der kleinen Beamten und Arbeiter. Sie, Herr S c h r e c k e n t h a l, haben erst gestern erklärt, man müsse den Pensionisten helfen, und wenn Sie den Pensionisten helfen wollen, dann müssen sie Ihnen morgen wieder unter die Arme greifen. Gerade durch Ihre Politik wird den Pensionisten ein Leben unmöglich gemacht, weil Sie die Pensionisten den Lebensmittelhändlern ausliefern und weil Sie auf der anderen Seite Land und Gemeinde anklagen, weil dieselben nicht so rasch mit der Steuererhöhung der ungeheuren Preistreiberei folgen können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Landesrat Riegler: Wenn ich den Herrn Abgeordneten L e i c h i n richtig verstanden habe, so hat er eingangs seiner Rede bemerkt, daß es vorzugsweise christlichsozial und bürgerlich verwaltete Gemeinden seien, die da um Erhöhung ihrer Gemeindeumlagen ansuchen. (Abgeordneter L e i c h i n: „Da haben Sie mich nicht richtig verstanden!“) Ich möchte gerade darauf verweisen, daß, wenn es bürgerliche Mehrheiten sind, die diese Umlagenerhöhung beschließen, ich ihnen zu großem Dank verpflichtet bin, weil sie den Mut aufbringen, diese höheren Umlagen zu beschließen. Denn wer zahlt dann die Umlagen? Im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten L e i c h i n muß ich bemerken, daß sich sonderbarerweise die Bewilligungen von hohen Umlagen gerade jetzt vermehrt haben, seitdem wir das demokratische Gemeindewahlrecht haben. Von 1028 Gemeinden im Lande sind es fast 700 Gemeinden gewesen, welche beim Landesrat um Erhöhung der Umlagen angesucht haben, gerade jetzt, wo wir das demokratische Wahlrecht eingeführt haben. Das dürfte denn doch ein Beweis sein, daß die bürgerliche Verwaltung nicht die schlechteste war, weil wir wenigstens nicht so hohe Gemeindeumlagen gehabt haben. Ich glaube daher, diese Einwürfe sind nicht gerechtfertigt und glaube auch, daß die hohen Umlagen nur den hohen Bedürfnissen bei den Gemeinden Rechnung tragen. Ich bin vollständig überzeugt davon, daß es keine bürgerlich verwaltete Gemeinde im Lande gibt, die leichtsinnigerweise hohe Umlagen beschließen wird. Ich als Referent in Gemeindeangelegenheiten kann nur mitteilen, daß die Einwürfe, soweit sie gegen Vorschläge des Landesrates eingelangt sind, ausschließlich aus Gemeinden gekommen sind, die eine sozialdemokratische Mehrheit besitzen. Das, Herr L e i c h i n, ist ein Beweis dafür, daß die bürgerlich verwalteten Gemeinden weniger ungebührliche Zuschläge beschließen als die

anderen Gemeinden. Wegen des Getreidepreises, den Sie ebenfalls mit den Umlagen in Verbindung gebracht haben, da möchte ich mir zu bemerken erlauben, daß gerade die sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden die größten Schwierigkeiten in der Ernährung ihrer eigenen Bevölkerung hervorgerufen haben. In dieser Beziehung werden den Leuten gerade in jenen Gegenden und Orten die meisten Schwierigkeiten bereitet, wo Sozialdemokraten am Ruder und an der Spitze sind. (Beifall.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe ursprünglich nicht im Sinne gehabt, auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Leichin zu reagieren. Aber es sind einzelne Ausdrücke und einzelne demagogische Verdrehungen gefallen, die einer Gegenantwort bedürfen. Zunächst möchte ich mir zu konstatieren erlauben, daß Herr Abgeordneter Leichin im Anfange und am Ende seiner Rede erklärt hat, er ist für den Antrag. Wozu dann die ganze Rede? (Lebhafter Beifall.) Weiters hätte ich Herrn Abgeordneten Leichin empfohlen, statt mit Bebel bei dieser Frage vielleicht gleich mit Adam und Eva anzufangen. (Zwischenrufe: „Das liegt Ihnen nahe!“) Das hätte dann noch etwas länger gedauert.

Noch etwas, meine sehr verehrten Herren! Betreffend Erhöhung der verschiedenen Lebensmittelpreise möchte ich nur an die Herren den sehr dringenden Appell richten, im Interesse der Landwirtschaft die landwirtschaftlichen Arbeiter in Ruhe zu lassen und nicht derartig die Preise der Industrieartikel in die Höhe zu treiben, da schließlich und endlich kein Produzent mehr bezahlen kann. Wenn der Herr Abgeordnete Leichin am Schlusse über Nationalökonomie und derartige hohe Dinge spricht, da kann ich nur sagen, da lacht die Kuh am Kirschaum. Ich habe zweifellos gefühlt, daß durch die Reden hier im Hause eine gewisse Wahlluft eingeblasen ist. Es ist doch ganz natürlich und selbstverständlich, daß, wenn man in seiner Rede betont, daß man für den Antrag ist, und wenn man aus ganzer Überzeugung für den Antrag stimmt, wenn schließlich und endlich für die Vorlage des Landesrates sogar alle drei Parteien gestimmt haben, dann habe ich keinen Grund, daß ich die Rede so halte, wie sie Herr Leichin gehalten hat und daß ich von einer schlechten Gemeindevirtschaft spreche. In Wien hat man vor Jahren gesagt: „Gott erhalte uns unseren Lueger!“, und heute sagt man: „Gott bestreite uns von unserem Jakob Neumann!“ Und schließlich und endlich auch noch das eine: daß wir als christlichsoziale

Herren tituliert wurden, liquidiere ich mit der Konstatierung, daß auf unserer Seite kein Jude sitzt. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

Abgeordneter Hartleb: Die Wahlrede, die der Herr Abgeordnete Leichin gehalten und die von Angriffen nur so gestroht hat, veranlaßt mich, kurz darauf zurückzukommen. Seine Ausführungen gehen darauf hinaus, daß die Lebensmittelpreise allein die Ursache unseres Elends und Niederganges sind, und er meint damit, daß, wenn man die Lebensmittelpreise möglichst niederhält und die Bauern zwingt, durch Beibehaltung der Zentrallen ihre Produkte nieder abzugeben, dies die einzige Möglichkeit sein wird, eine Besserung des Zustandes herbeizuführen. Wenn wir uns aber darüber klar werden, was die Ursache des Hinausgehens der Preise ist, dann finden wir andere Gründe und müssen uns sagen, daß gewisse Forderungen der Sozialdemokraten die Entwertung der Valuta herbeigeführt haben, daß gewisse Forderungen der Sozialdemokraten, ich weise da auf die Sozialisierungsbestrebungen hin, das Mißtrauen des Auslandes hervorgerufen haben und daß diese Sozialisierungsbestrebungen Gründe dafür sind, daß unsere Krone, die nach dem Kriege noch auf 40 gestanden ist, heute auf 3 und noch niedriger steht. Nicht die Lebensmittelpreise sind schuld, sondern die schlechten Ideen, die die Sozialdemokraten in die Regierung hineingebracht haben, daß unsere Valuta so zurückgegangen ist.

Es ist auch gesagt worden, daß wir die Freigabe des Überkontingentes für die Preistreiber verlangt hätten. Diese und andere Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Leichin beweisen nur, daß er ein Theoretiker ist, aber von der Praxis nichts versteht. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß alle diejenigen, die sich im Vorjahre nur halbwegs um die Ausbringung des Getreides gekümmert und auch mitgearbeitet haben, die vollste Überzeugung besitzen, daß das vorjährige Kontingent viel zu hoch gegriffen war und man gezwungen gewesen ist, Besitzern Ablieferungsmengen vorzuschreiben, die selbe nicht abliefern konnten, wenn sie nicht später zur Brotkarte greifen wollten. Aus dieser Erkenntnis heraus haben wir heuer die Forderung gestellt, daß das Kontingent niedriger gehalten werden muß (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), und wenn Herr Abgeordneter Leichin auf seinen Verheißungsreisen im Lande draußen die Augen aufmachen würde (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), dann würde er sehen, daß heuer die Getreideernte schlechter ist als im vorigen Jahre und daß es vollauf berechtigt ist, wenn wir eine Herabsetzung des Kontingents verlangen, und wir werden das immer verlangen und

werden darauf bestehen, auch gegen den Willen der Sozialdemokraten, und Sie werden daran nichts mehr ändern. (Zwischenrufe.) Wir werden die Folgen tragen und werden sie mit ruhigem Gewissen tragen. (Zwischenrufe.)

Wenn Sie sagen, daß wir damit den Juden einen Dienst erweisen, so kann ich nur offen erklären, daß wir die größten Gegner der Juden waren und sind (Zwischenrufe), nicht so wie Sie. Wenn der Herr Abgeordnete **Leich** gemeint hat, daß durch die Zentralen allein die Möglichkeit gegeben ist, daß die Pensionisten und Angestellten leben können, so kann ich nur sagen, daß wir der Ansicht sind, daß das Land in kürzester Zeit unbedingt auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens zur Freiheit gelangen muß. Wir sind davon überzeugt, daß nur die freie Produktion und freies Angebot die Preise so regeln kann, daß wir aus dem Sumpfe, in welchen Sie uns hineingeführt haben, wieder herauskommen. (Zurufe: „Schweinefleisch!“) Sie rufen „Schweinefleisch!“ Da möchte ich bemerken, daß gerade in der letzten Zeit der Preis des Fettes heruntergegangen ist (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), und zwar deshalb, weil das freie Angebot hier gewirkt hat. Wenn der Herr Abgeordnete **Leich** gemeint hat, daß gerade die bündlerischen und christlichsozialen Verwaltungsgemeinden diejenigen sind, welche so große Umlagen einzuheben gezwungen sind und so quasi sein Mitleid für diese Gemeinden ausgesprochen hat, so muß ich mich umsomehr wundern, da er ja als Mitglied des Finanzausschusses oft Gelegenheit hatte, als Gegner dann aufzutreten, wenn es sich darum gehandelt hat, ein paar Kronen im Kapitel Landeskultur für Gemeindewege und Bezirksstraßen, Bach- und Flußregulierungen zu bewilligen, und damals war er schärfster Gegner. Aber die Zeiten haben sich geändert. Wahlen sind in Sicht und auf einmal haben die Sozialdemokraten ihr bauernfreundliches Herz entdeckt und sie glauben nun, die landwirtschaftliche Bevölkerung wird ihnen aufsitzen. Die ist aber heute nicht mehr so dumm und sitzt ihnen nicht auf, denn sie haben in der Zeit, wo sie an der Regierung gewesen sind, erkannt, was sie zu erwarten haben, und wir werden schon dafür sorgen, daß die Bevölkerung aufmerksam gemacht wird, was für einen Schaden sie angerichtet haben. (Zwischenrufe des Abgeordneten **Gsöller**.) Herr Abgeordneter **Gsöller**, jetzt spreche ich, wenn es Ihnen auch unangenehm ist, wenn ich die Wahrheit sage. Wenn der Abgeordnete **Leich** auch sich dagegen ausgesprochen hat, daß das Gesetz über die Wertzuwachsabgabe geändert wird, so kann ich nur sagen, daß er vielleicht

nur den Titel des Wertzuwachsabgabegesetzes kennt, daß es ihm aber noch nicht gelungen ist, ob gegen oder mit seinem Willen, in den Sinn desselben einzudringen. Ich stelle mir die Wertzuwachssteuer so vor, daß der Gesetzgeber die Absicht gehabt hatte, einen tatsächlichen Wertzuwachs zu besteuern. Aber es ist ja allen bekannt, daß die Krone heute um ein Vielfaches weniger wert ist als vor dem Kriege. Wenn ich vor dem Kriege einen Besitz um 10.000 K gekauft habe und heute gezwungen bin, den Besitz wieder zu verkaufen und dafür 100.000 K bekomme und ich muß hierfür 30.000 bis 40.000 K Wertzuwachsabgabe zahlen (Landesrat **Ressel**: „Er zahlt mit der jetzigen Krone und nicht mit der vergangenen!“), so ist das kein Wertzuwachs, sondern für den Verkäufer ein bedeutender Verlust. Das ist allen klar und das weiß auch der Herr Abgeordnete **Leich**. Er weiß aber auch, daß das nicht einen Sozialdemokraten trifft, sondern einen bürgerlichen, und deshalb fragen die Sozialdemokraten nicht nach Recht und Unrecht, sondern bleiben dabei, daß das Gesetz nicht geändert wird. Es wird aber geändert werden müssen, weil ein Gesetz mit Unrecht nicht weiter bestehen kann. (Zwischenruf: „Für Häuserschieber!“) Verdächtigen können Sie, aber Sie können nichts Vernünftiges hervorbringen. Wenn gesagt wird, daß eine Abänderung nur für die Schieber und Schleichhändler von Vorteil sei, würde da die Bevölkerung über diesen Ausdruck selbst entscheiden. Ich kann daher dem Antrage der Christlichsozialen, daß die Häuserbesitzer in die Lage veretzt werden müssen, die Ausbesserung ihrer Häuser fortzusetzen, wozu ihnen jedoch durch das Gesetz die Möglichkeit genommen ist, da sie ja den Mietzins nicht höher stellen können, nur unbedingt zustimmen. Es ist weiters gesagt worden, daß wir Arbeiter nicht vertreten und Sie die einzigen sind, die die Arbeit vertreten. Es ist schon oft dieser Vorwurf zurückgewiesen worden, und ich möchte heute noch einmal betonen, daß gerade diejenigen am meisten das Maul aufreißen, die privilegierten Arbeiterführer, die vielleicht in ihrem Leben am wenigsten gearbeitet haben. Ich nehme es mit einer großen Zahl Sozialdemokraten auf, was die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden anbelangt. Ich möchte nun noch auf einen Gegenstand zu sprechen kommen, weil die Sache schon so weit gediehen ist, und möchte bemerken, daß gerade in der letzten Zeit eine Verhetzung der landwirtschaftlichen Arbeiter von Seite der Sozialdemokraten Platz greift (Landeshauptmann: „Ich bitte, zur Sache zu sprechen!“), welche dazu führen muß, daß die Produktion im nächsten Jahre ganz bedeutend heruntergehen wird. Das wissen auch Sie, und vor

einiger Zeit hat mir einer Ihrer Kollegen selbst zugegeben, daß das nicht so weitergehen kann mit diesen Reden in Ihren Versammlungen und daß die dabei von der Partei gestellten Grenzen weit überschritten werden; und er hat selbst zugegeben, daß die Forderungen, die den Leuten in den Mund gelegt worden sind, unhaltbar sind und dazu führen müssen, daß die Lebensmittelpreise noch um das Zehnfache erhöht werden müssen. Was Sie treiben, ist bewußte Verhehung. Sie kennen die Folgen, so dumm sind Sie nicht, aber Sie haben es darauf abgesehen, den Zusammenbruch herbeizuführen. Ihre Ziele sind es, uns dem Umsturz, Ihren Freunden und Juden, dem Bolschewismus überhaupt zu überantworten, das sind Ihre Ziele. Daß es aber nicht dazu kommt, dafür werden wir Bürgerliche sorgen. (Beifall.)

Abgeordneter Tausk: Ich habe mich kurz zu den Repliken, zu den Bemerkungen zu wenden, die Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer unter großem Beifall seiner Anhängererschaft vorgebracht hat. Herr Dr. Uhrer hat die Naivität zu sagen, er wisse nicht, wozu Herr Abgeordneter Leichin hier gesprochen habe; er weiß nicht, ob wir dazu zusammenkommen, um die prinzipiellen Gegensätze hier vor aller Öffentlichkeit zu erörtern. Wenn Sie glauben, daß wir nur hier sind, um in einschläfernder Weise dafür oder dagegen zu stimmen, was vom Landesrat zum Referententisch kommt, wenn wir keine Gelegenheit ergreifen dürfen, um vor der Öffentlichkeit unsere Stellungnahme festzulegen und Ihre Methoden zu brandmarken, wenn Sie sagen, man merkt, daß die Wahlluft durch den Saal geht, und ich möchte bemerken, daß sich die Wahlluft im besonderen bei Ihnen bemerkbar gemacht hat (Abgeordneter Hartleb: „Gegenwind!“ — Heiterkeit), so ist dies eine demagogische Art, in der ein Theater aufgeführt wird und mit der Sie Ihre Leute zu Statisten machen, die Beifall und Gelächter auf Kommando bereif haben; dies zeigt vielmehr von Wahlluft. Sie sagen, wenn Abgeordneter Leichin über Nationalökonomie spricht, lacht die Kuh unterm Kirschaum. Ich habe aber nur die Beobachtung gemacht, daß auf Ihrer Seite gelacht wurde, ich habe aber nicht bemerkt, daß, als über Nationalökonomie gesprochen wurde, diejenigen, die etwas davon verstehen, gelacht hätten. Der Herr Abgeordnete Hartleb hat von Verheugungsreisen unserer Vertreter, unserer Abgeordneten, gesprochen. Das ist ein sehr altes Schlagwort. Immer war es vom Standpunkte des Ausbeuters eine Verheugung, wenn man Aufklärung hinausgetragen hat, und es ist natürlich ein viel zu billiges Schlagwort, auf das die landwirtschaft-

lichen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht mehr hineinfallen. Viel lächerlicher ist die nationalökonomische Theorie, daß durch die Beschränkung der Arbeitszeit die Produktion heruntergedrückt wird. Wir haben erfahren, und jeder, der auch nur daran geschmeckt hat, weiß, wodurch die Produktion heruntergedrückt wurde. (Abgeordneter Schreckenthall: „Fragen Sie Herrn Breiter in Wien. Durch den Achtstundentag ist sie gestiegen!“) Ihre Statistik ist uns noch lange nicht maßgebend. Wir wissen auch ganz gut, daß für die Produktion im allgemeinen die Arbeitszeit nicht der allein maßgebende Faktor ist. Wir wissen, daß andere Faktoren mitspielen, die Ernährung, das Saatgut, der maschinelle Betrieb, nicht nur die Arbeitszeit allein. (Landesrat Dr. Klusemann: „Aber der Arbeitswille!“) Das ist mir willkommen, daß der Herr Kollege Klusemann den Arbeitswillen anzweifelt. Es urteilt jeder nach sich und der Schelm denkt, wie er ist. Wir wissen, daß der Großgrundbesitzer sein Heil nicht im Arbeitswillen, sondern im Ausbeutungswillen sucht. (Landesrat Dr. Klusemann: „Sehr gute Ausrede!“) Zu leben von der Arbeit anderer, das war immer der Grundsatz der kapitalistischen Klasse. Wir machen die Beobachtung, daß in Ihrer Partei, bei den Bauernbündlern, gerade den kapitalistischen Juden das Wort gesprochen wird. Wenn Sie den Juden zu Leibe rücken wollen, dann hätte Ihre Partei nicht für die Wiedereröffnung der Getreidebörse stimmen dürfen. Sie haben der Getreidebörse Tür und Tor geöffnet. Wir waren dagegen. Wenn sich die Juden wieder im freien Getreidehandel bereichern, so ist das nicht unsere Schuld, sondern Ihre Schuld. Wir bekämpfen den kapitalistischen Ausbeuter in jeder Form, mit und ohne Taufschein, und beschützen den Proletariat, wie immer er aussehen mag, ob er ein Neger oder Indianer ist. Was die Wahlluft anbelangt, so konnte man aus unseren Ausführungen nur entnehmen, daß wir unseren Standpunkt klar zu legen versucht haben. Wenn Wahlluft weht, so kann es uns nur recht sein, wir werden in dieser Luft nur gesunden. Uns kann es nur willkommen sein (Abgeordneter Pichler: „Sind Sie krank?“), wenn ein reinigendes Gewitter niedergeht, wir wissen, in wessen Felder der Hagel einschlagen wird.

Abgeordneter Hammerstorfer: Hohes Haus! Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht von der Verheugung der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft gesprochen worden wäre, und wenn nicht davon gesprochen worden wäre, daß die hohen Arbeitslöhne auf dem Lande, besonders in Steiermark, mitschuldig an der Teuerung seien. Ich möchte bei dieser Gelegenheit

einiges konstatieren und ich fühle mich verpflichtet, das zu konstatieren. Als der Krieg ausgebrochen war und wir die Kriegsgefangenen hier hatten, da bekamen die Bauern 1 K für die Arbeitskraft bezahlt. Die Preise stiegen ins Ungeheure. Wer hat die Schuld gehabt, daß die Preise der Bedarfsartikel erhöht worden sind? War es die sozialdemokratische Partei, die damals hinausgegangen ist und die Kriegsgefangenen aufgeheßt hat, höhere Löhne zu fordern? War es nicht der Wucher, der draußen Platz gegriffen hat, war nicht die Geldgier der Bauern daran schuld, daß die Preise ins Unendliche gestiegen sind? Damals haben die Landarbeiter noch elende Schundlöhne erhalten. Es hat damals die Dienstbotenordnung bestanden, die heute noch besteht, wo der Bauer als Bürgermeister das Urteil über die Landarbeiter gesprochen hat und den Dienstboten, dem es bei schlechter Kost unmöglich war, weiter zu arbeiten, als einen Enkläufer bezeichnet hat, wenn er seinen Arbeitsplatz verlassen hat, und ihn mit der Gendarmerie zurückgetrieben hat. In dieser Zeit, wo die armen Dienstboten mit den elenden Löhnen das Feld bebaut haben (Zwischenruf: „Die haben damals noch mehr gehabt als heute.“), da war es der Bauer, der zuerst mit den Preisen hinausgegangen ist; und wir haben geschaut, wie die Städter Stück um Stück ihres Eigentums hinausgetragen haben, um die nötigsten Lebensmittel hereinzubringen und diese Lebensmittel haben die Bauern im Preise hinaufgetrieben, obwohl die Kriegsgefangenen umsonst gearbeitet haben und der Bauer außerdem noch 1 K bekommen hat dafür, daß der Kriegsgefangene gearbeitet hat und bei einer elenden Verköstigung ein sehr billiger Knecht war. Wer war Schuld? Doch nicht die Kriegsgefangenen! Die hat man gelobt, daß sie so tüchtige Arbeitskräfte seien. Wenn wir heute die Löhne der Landarbeiter in Betracht ziehen, so wundert es mich, daß in den Gebieten, wo die Landarbeiter heute noch 30 bis 40 K Lohn haben, in der Oststeiermark, wo die Landarbeiter auf das Äußerste ausgebeutet werden, die Bauern die ganzen Artikel, die sie erzeugen, im Schleichhandel verkaufen, um noch höhere Preise zu erzielen, als die Großgrundbesitzer, die hohe Löhne und Deputate bezahlen müssen. Man wundert sich, daß von der Oststeiermark keine billigen Lebensmittel hereinkommen. Es werden dort noch Löhne gezahlt, die sich ein anständiger Bauer in der Vorkriegszeit zu zahlen geschämt hätte. Sie dürfen nicht sagen, ich bin Sekretär des Verbandes der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. Ich habe diesen Verband gegründet und schere mich um die landwirtschaftliche Arbeiterschaft. Ich bin auf dem Lande aufgewachsen und kenne die Verhält-

nisse. Die Kinder kommen auf das Land hinaus in den Tagelohn, sie sind erst 13 oder 14 Jahre alt. Was bekommen die für einen Lohn? Da dürfen Sie nichts sagen von Verhezung der Landarbeiter, die Bauern selbst haben sie verhezt. Wenn Sie sagen, daß in den letzten Jahren weniger produziert wurde, da ist der Bauer selbst schuld, daß weniger produziert wurde. 33 Jahre hat die industrielle Arbeiterschaft des Anfall- und Krankenversicherungsgesetzes entbehrt. Wer hat sie davon ausgeschlossen, als die Christlichsozialen und Nationalen und darunter auch die Bauernvertreter? Wer hat immer die Altersversicherung verschleppt? Es ist eine demagogische Politik, die von beiden Seiten betrieben wird. Heute, wo der Staat arm ist, gehen Sie hinaus unter die Landarbeiter und sagen, Ihr müßt doch zu uns kommen, wir sind für die Einführung der Alters- und Invalidenversorgung. Wer hat die Einführung dieser Versorgung damals verhindert, wo die Mittel noch vorhanden waren, als die eigenen Vertreter auf beiden Seiten? (Widerspruch.) Heute wird Demagogienpolitik betrieben, heute geht man hinaus und sagt, das muß geschehen und es wird entdeckt, was gemacht werden muß. Warum tut man das so? Schauen Sie den christlichsozialen Staatssekretär Mayer an, der hat in dem Vorentwurf für die Verfassung ganz schön hineingenommen, daß das Arbeiterrecht und der Angestelltenchutz bei den Industrieangestellten den Arbeitern überlassen wird, daß aber das Arbeiterrecht und der Arbeiterschutz bei den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern den Ländern überlassen wird. Wir kennen das und wir müssen sagen, daß das ein Verbrechen an den landwirtschaftlichen Arbeitern ist, daß sie den Bauern ausgeliefert werden, die keinen Funken von Sozialpolitik haben. Das ist eine Verhezung? Schauen Sie, wer wird auf dem Lande bleiben? Schauen Sie an die verlausten und zerlumpten Gestalten der alten Einleger, wie sie von Haus zu Haus wandern. (Landeshauptmann das Glockenzeichen gebend: „Ich bitte zur Sache zu sprechen!“) Das ist zur Sache. Die Sache ist so unangenehm, daß Sie nicht zuhören wollen. Die Sache ist so unangenehm, daß der Herr Landeshauptmann mich zur Sache ruft, wo ich besser bei der Sache war und bin, als es alle waren. Es muß im Interesse des Landes und der Gemeinde ausgesprochen werden: so kann es nicht fortgehen. Wer hat das Krankenversicherungsgesetz für die landwirtschaftlichen Arbeiter zu einer erbärmlichen Farce gestaltet, als das christliche Staatsamt für Landwirtschaft? Wer hat die kleinen Bezirkskassen schaffen wollen? Warum waren die Herren nicht dafür? Ich habe gesehen, wie es zugegangen ist.

Warum waren die Herren nicht dafür, daß das Krankenversicherungsgesetz für die landwirtschaftliche Arbeiterschaft dem bestandenenen Krankenversicherungsgesetze angegliedert werde? Wer hat eigentlich die Parität geschaffen, als im christlichsozialen Staatsamte für Landwirtschaft, wo man den Arbeitern jedes Recht nimmt und nur die Beiträge einzahlen läßt? Ja, jetzt sollen wir arbeiten und das herausbringen, was die Herren schlecht gemacht haben. Ich könnte noch vieles sagen, wenn von den hohen Viehpreisen gesprochen wird. Wenn man den Lohn so mancher Schwagerin sieht, so muß man sagen, die Kuh könnte mit Rücksicht auf den Lohn der Schwagerin in vielen Gebieten Steiermarks, Salzburgs usw. noch immer 100 K kosten, was sie in den Vorkriegszeiten gekostet hat. Wenn Sie keine Schwagerin bekommen, so ist nicht die Verhehlung schuld, sondern Sie wollen um Tausende von Kronen Kegel schieben, aber Ihre Dienstboten wollen Sie elend bezahlt wissen und Ihren Dienstboten wollen Sie eine elende Kost vorsetzen. Man hat sie vor der Kriegszeit nicht mit einer so elenden Kost bedacht. Man muß Rücksicht nehmen auf die Verhältnisse, und wem es nicht paßt, der mußte einrücken. Aber ein großer Teil der Bauern wurde entlassen, damit sie Wucher- und Schleichhandelsgeschäfte betreiben konnten. (Lebhafter Widerspruch.) Meine Herren! Ich will Ihnen eine Episode von einem Menschen erzählen, der eingerückt ist, als ich am 17. Jänner 1916 eingerückt bin. Da hat die große Mehrzahl der Bürger gesagt, für die hat der 17. Jänner nicht gegolten, und nach vierzehn Tagen, so anfangs Februar, haben die großen Bauern schon einen Anbauurlaub bekommen und haben gesagt, was sollen wir jetzt zum Anbau heimfahren; ich kann höchstens bei der Bäuerin anbauen, denn draußen im Felde gibt es jetzt nichts zum Anbauen. Erst viel später, da haben sie zusammengepackt und sind wieder heimgefahren, und als die vierzehn Tage um waren, waren wir andern bei der Marschkompagnie und die Bauern waren im Hinterland und sind dann einfach abgelöst worden und heimgegangen. (Widerspruch.) Die Wahrheit ist Ihnen eben unangenehm, wenn Ihnen Dinge gesagt werden, die Sie nicht hören wollen. (Widerspruch bei der christlichsozialen Partei.) Dann habe ich am 15. Oktober in diesem hohen Hause einen Antrag gestellt, daß die bestehende Dienstbotenordnung aufgehoben und an deren Stelle eine Landarbeiterordnung vom Landesrat vorgelegt werden soll. Bis heute ist in dieser Sache nichts geschehen. Dann haben wir eine Gesetzesvorlage eingebracht, und mit dieser hätten Sie es in der Hand gehabt, die Landflucht zu verhindern. Sie hätten sofort diesen Antrag auf-

greifen müssen. Weil aber von der Arbeitszeit einige Worte im Antrage gestanden sind, haben Sie gegen den Antrag Stellung genommen, dagegen, daß die Landarbeiter unter den Schutz eines anständigen Gesetzes gestellt worden wären, und da klagen Sie uns nun an, daß wir die Schuld an der Landflucht tragen, an dem Niedergang der Landwirtschaft, wo Sie selbst die Schuld trifft. Sie hätten genug Zeit gehabt, für die Landarbeiter sozialpolitische Gesetze zu schaffen, genug Zeit gehabt, Schulen zu schaffen, wo es auch für die Landarbeiter Platz gegeben hätte, für die Knechte und die Dirnen, für Ihre Ausbeutungsobjekte (lebhafter Widerspruch), die man nur benützt, um nicht selbst arbeiten zu müssen und die dann, wenn sie alt geworden sind, wie ein Stück Holz hinausgeschmissen werden und die man verderben läßt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Jenz: Es ist heute ... (Abgeordneter Hammerstorfer: „Wir gehen auf Exerzitien!“) Passen Sie nur gut auf, es wird Ihnen nicht schaden! Es ist heute zu wiederholten Malen von der Lebensmittelfeuerung die Rede gewesen, als ob es keine andere Teuerung gäbe, als die Lebensmittelfeuerung. Wenn dem so wäre, daß es nur nur eine Lebensmittelfeuerung gäbe ... (Abgeordneter Suppanz: „Vererdigungs- und Stelagegebühren! — Es folgen die Exerzitien!“) Sie sagen, es folgen Exerzitien, es ist aber bisher nicht Gebrauch gewesen, den Exerzitienleiter zu unterbrechen und wollen Sie daher auch diese Übung jetzt beibehalten. Wenn also nur die Lebensmittelfeuerung die Ursache wäre, dann müßte notwendig daraus folgen, daß jene, welche keine Lebensmittel zu kaufen brauchen, an der Wertteuerung eigentlich nichts verspüren, das sind die Dienstboten. Denen werden die Lebensmittel gegeben ohne Rücksicht auf die Kosten. (Zwischenrufe: „Aber wie! — Viel schlechter als bei der Pfarrersköchin!“) Wenn es also keine andere Teuerung gäbe, dann müßten die Dienstboten die übrigen Bedarfsartikel, die sie gebrauchen, in gleich leichter Weise sich beschaffen können wie vor dem Kriege. Da aber dies nicht der Fall ist, so sind die Dienstboten, obwohl sie keine Lebensmittel einzukaufen brauchen, doch nicht imstande, sich Bekleidung und Beschuhung zu beschaffen. In Friedenszeiten hat aber der Lohn gelangt, die Dienstboten haben sich etwas schaffen und noch etwas ersparen können. Nachdem aber nun der frühere Lohn nicht mehr langt und es ganz und gar ausgeschlossen ist, sich bei der früheren Löhnung in der Gegenwart etwas zu beschaffen, so folgt daraus unwiderruflich, daß es auch eine Teuerung in den Industrieerzeugnissen gibt. (Abgeordneter

Leichn: "... als Folge der Lebensmittelpreise!") Ich bitte, den Herrn Exerzitiolenleiter nicht zu unterbrechen. Nun fragt es sich, ob nur die Lebensmittelsteuerung schuld ist an der Teuerung der Industrieartikel. Meine Herren! Lassen wir da die unwiderlegliche Tatsache sprechen. Die Hauptlebensmittel, welche zugleich auch die Haupteinnahmequelle der Bauern bilden, das sind Vieh, Getreide, Milch und Obst, die sind unter Höchstpreisen gestanden und diese Höchstpreise (Zwischenruf: „Die aber nicht eingehalten worden sind!") sind in kurzen Zwischenräumen geändert und erhöht worden, in Zwischenräumen von einem halben, mitunter einem ganzen Jahre, und die Bauern sind während dieser ganzen Zeit immer an den gleichen Preis durch den Höchstpreis gebunden gewesen. Was hat sich aber während dieser Zeit abgespielt? (Zwischenruf: „Der Schleichhandel!") Obwohl der Höchstpreis des Viehes und für die anderen Erzeugnisse nicht erhöht worden ist, sind Woche für Woche die Industrieerzeugnisse in die Höhe gegangen, und dieses Indiehöchststeigen der Industrieerzeugnisse hat die Bauern gezwungen, neue erhöhte Preise zu fordern. (Zwischenruf: „Da sind die Arbeiter nicht schuld daran!") Ich bitte, ich kann Rechnungen der Bauern vorweisen. Obwohl die Vieh- und Milchpreise unverändert waren, haben dennoch die Bauern Woche für Woche, wenn sie etwas vom Industriellen oder Kaufmann bestellt haben, am Schlusse der Rechnung die Bemerkung bekommen, daß in dieser Woche der Artikel noch so viel kostet, daß aber in der nächsten Woche er um 50 oder 100 Prozent höher stehen wird. Woher, meine Herren, diese Tatsache, obwohl die Lebensmittelpreise gleichgeblieben sind? Wo ist da derjenige, der zuerst in die Höhe getrieben hat? Zuerst sind die Bauern durch die Erhöhung der Industriepreise gezwungen worden, mehr zu verlangen, das ist eine Tatsache. Wir können Ihnen auf Grund der Verordnungsblätter nachweisen, wie oft der Höchstpreis für die bäuerlichen Erzeugnisse erhöht worden ist. Wir können Ihnen aber auch auf Grund der Rechnungen nachweisen, daß die Industrieerzeugnisse Woche für Woche, unabhängig von den Lebensmittelpreisen, erhöht worden sind. Das ist eine Tatsache, deshalb gibt es nicht nur eine Lebensmittelsteuerung. Das ist eine Täuschung, die man dem Volke antut, wenn man nur von einer Lebensmittelsteuerung spricht, an welcher die Bauern schuld wären an der gegenwärtigen Teuerung. Es gibt eine Lebensmittelsteuerung, eine Industrieerzeugung, es gibt eine Lohnsteuerung, und wenn Sie das Wort Teuerung umwandeln wollen, bildet es das Wort Wucher. Ich habe nichts dagegen. Denn, wenn es einen Lebens-

mittelwucher gibt, dann gibt es auch einen Industrie- und einen Lohnwucher. Wir können auch den Nachweis erbringen, daß die Bauern in ihren Forderungen hinten nachgekommen sind und insolgedessen nicht der Bauer der Treibende war. Der Treibende liegt wo anders, er liegt bei den Arbeitern, weil sie die Erzeugnisse des Arbeiters brauchen, für die es einen Höchstpreis nicht gibt und für die sie auch nicht eingetreten sind. Wenn Sie, meine Herren, für den Abbau der Preise sind, bin ich vollständig auf Ihrer Seite. Verlangen Sie den Abbau der Lebensmittelpreise, zu gleicher Zeit aber auch die Herabsetzung der Preise der Industrieerzeugnisse. Nun haben wir aber die Tatsache, daß man das Volk wohl gegen die Höhe der Lebensmittelpreise heßt, aber kein Wort findet für die Erhöhung der Industrieerzeugnisse. (Widerspruch.) Als ob die Dienstleute keine Schuhe und keine Kleider brauchen würden! Mit den gleichen Mitteln, wie Sie gegen die Lebensmittelpreise aufgetreten sind, mit demselben Nachdrucke treten Sie dafür ein, wenn die Industrieerzeugnisse auf einer solchen Höhe sind und immer noch steigen, dann kann für die Lebensmittelpreise nichts übrig bleiben, als sich nach diesen zu richten. Treten wir ein für die Herabsetzung, aber gleichmäßig für alles und zu gleicher Zeit. Es hat der Herr Abgeordnete Hammerstorfer gesagt, daß die Bauern billig mit Kriegsgefangenen gearbeitet hätten; das ist richtig, aber ebenso richtig ist, daß auch die Industriellen noch mehr mit Kriegsgefangenen gearbeitet haben (Rufe: „Sehr richtig!") und daß die Industriellen, die Fabrikanten, sogar das eine voraus hatten (Zwischenruf: „Heraus mit der Vermögensabgabe!"), daß sie die Kriegsgefangenen nicht zu verköstigen brauchten. Die Bauern haben die Kriegsgefangenen am Familientisch mitessen lassen, die Industriellen haben die Kriegsgefangenen zu den Arbeiten eingespannt und sie mußten sie hamstern gehen lassen zu den Bauern, und diese mußten sie noch verköstigen; und trotzdem ist die Industrie, die doch so billig gearbeitet hat, mit ihren Erzeugnissen hinaufgegangen. (Abgeordneter Leichn: „Darum die Vermögensabgabe!") Die Vermögensabgabe kommt in der zweiten Predigt, man kann nicht alles in einer Predigt abtun, und die Exerzitiolen dauern drei Tage lang, wenn sie von Erfolg begleitet sein sollen. Nun werde ich mir auch erlauben, auf die Ausführungen meiner sehr geschätzten Frau Nachbarin, der Frau Abgeordneten Martha Tausk, zu antworten. Ich habe nur das eine zu sagen: „Martha, Martha, Du kümmerst Dich um vieles, aber eines nur ist notwendig!" ; so zu lesen bei Lukas X, 21. (Lebhafte Heiterkeit. — Beifall.)

Landeshauptmann: Es meldet sich niemand mehr zum Wort, der Herr Berichterstatter hat das **Schlufwort**.

Berichterstatter Riemer: Ich halte den vom Landesrate hier vorliegenden und vom Gemeinde- und Verfassungsausschusse angenommenen Antrag völlig aufrecht.

(Der Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses mit dem vorgelegten Gesetzesentwurf wird angenommen. Zwischenruf: „Na also!“ — Heiterkeit.)

Landeshauptmann: Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Berichte des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 447 und Beilage Nr. 401, betreffend die Bewilligung zur Einhebung von Bezirkszuschlägen zu den direkten umlagepflichtigen Staatssteuern im Ausmaße von mehr als 70 Prozent im Jahre 1920.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete **Riemer**.

Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses Riemer (von der Rednerbühne): Ich habe zu berichten über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, hinsichtlich der Ergänzung des mit dem Berichte, Beilage Nr. 401, gestellten Antrages, betreffend die Bewilligung zur Einhebung von Bezirkszuschlägen zu den direkten umlagepflichtigen Staatssteuern im Ausmaße von mehr als 70 Prozent im Jahre 1920.

Der Antrag des steiermärkischen Landesrates ist folgender:

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Zur Bedeckung der Erfordernisse der Bezirkshaushalte wird dem Bezirke Judenburg die Einhebung eines 40prozentigen Zuschlages zur Hauszinssteuer und eines 170prozentigen Zuschlages zu den übrigen umlagepflichtigen direkten Staatssteuern, dem Bezirke Voitsberg die Einhebung eines 70prozentigen Zuschlages zur Hauszinssteuer, eines 100prozentigen Zuschlages zur Grund-, Hausklassen- und allgemeinen Erwerbsteuer, sowie eines 115prozentigen Zuschlages zur Besoldungs-, Renten- und besonderen Erwerbsteuer, und dem Bezirke Weiz die Einhebung eines 100prozentigen Zuschlages zur Hauszinssteuer sowie eines 250prozentigen Zuschlages zu den übrigen umlagepflichtigen direkten Staatssteuern im Jahre 1920 bewilligt.

Der Landesrat wird beauftragt, die Genehmigung dieses Beschlusses seitens der Staatsregierung ehestens einzuholen.

2. Der hohe Landtag wolle das nachfolgende Gesetz beschließen und den Landesrat ermächtigen, allfällig notwendig werdende unwesentliche Änderungen daran selbst vorzunehmen.“

Das Gesetz lautet (liest):

„Gesetz

vom

betreffend die Einhebung von Bezirkszuschlägen zu den direkten umlagepflichtigen Staatssteuern im Ausmaße von mehr als 70 Prozent in den Bezirken Ansfels, Birkfeld, Eibiswald, Feldbach, Friedberg, Frohnleiten, Fürstenfeld, St. Gallen, Gleisdorf, Gröbming, Irdfing, Knittelfeld, Leibnitz, Liezen, Mariazell, Murau, Mureck, Mürzzuschlag, Neumarkt i. St., Obdach, Oberwölz, Schladming, Stainz, Vorau und Wildon für das Jahr 1920.

Der steiermärkische Landtag hat beschlossen:

§ 1.

Zur Bedeckung der Bezirkserfordernisse wird den nachfolgenden Bezirken die Einhebung von Zuschlägen zu den direkten umlagepflichtigen Staatssteuern für das Jahr 1920 im nachstehenden Ausmaße bewilligt:

Dem Bezirke Ansfels 120, Birkfeld 300, Eibiswald 120, Feldbach 100, Friedberg 160, Frohnleiten 140, Fürstenfeld 150, St. Gallen 180, Gleisdorf 80, Gröbming 95, Irdfing 215, Knittelfeld 90, Leibnitz 160, Liezen 100, Mariazell 198, Murau 210, Mureck 150, Mürzzuschlag 72, Neumarkt i. St. 130, Obdach 280, Oberwölz 200, Schladming 80, Stainz 185, Vorau 130, Wildon 75 Prozent.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft. Mit der Durchführung ist die steiermärkische Landesregierung betraut.“

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und ist der Beschluß des Gemeinde- und Verfassungsausschusses der gleiche wie der des Landesrates. Ich beantrage daher die einstimmige Annahme des vorgelegten Gesetzes.

(Der Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses sowie das von ihm vorgelegte Gesetz werden ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 377, betreffend die Einhebung einer Gemeindeaufgabe auf den Verbrauch elektrischen Stromes in der Stadtgemeinde Leoben.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete **Primus**:

Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses **Primus** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Es hat bereits bei einem anderen Kapitel schon eine derartige Debatte eingeseht und es ist auch notwendig, daß über diesen Antrag, Beilage Nr. 377, betreffend die Einhebung einer Elektrizitätssteuer in Leoben, Beschluß gefaßt werden muß. Es ist begreiflich, daß alle Gemeinden, so auch die Stadt Leoben, durch die verschiedenartigsten Unterlassungsünden, die früher gemacht wurden, jetzt in derartige finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, daß die Ausgaben in das Hundert- und Tausendfache gestiegen sind. Ich verweise darauf, daß die Schaffung der Besoldungsreform, welche gewiß eine Notwendigkeit für die Staatsangestellten war, für die Gemeinde eine enorme Ausgabe bedeutet und die Gemeinde tragen muß, daß sie in irgend einer Weise die Mittel für diese Reform aufbringt, damit der unbedeckte Abgang glickt wettgemacht werden kann. Es hat sich der Gemeinde- und Verfassungsausschuß mit dieser Frage befaßt und der Antrag lautet folgendermaßen (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Stadtgemeinde Leoben wird die Bewilligung erteilt, vom 1. Juli 1920 angefangen, von den Verbrauchern elektrischen Stromes im Gemeindegebiete der Stadt Leoben eine Auflage von 20 Prozent des durch Stromabnehmer tatsächlich entrichteten oder für den Verbrauch selbst erzeugten Stromes vergleichsweise berechneten Strompreises zugunsten der Gemeindekasse einzuhoben.

2. Die Einhebung der Auflage von den Abnehmern elektrischen Stromes und die Abfuhr der eingehobenen Beträge an die Gemeinde hat durch das den elektrischen Strom liefernde Elektrizitätswerk (Stromlieferer) unter Aufsicht der Gemeinde gegen eine Entschädigung von 2 Prozent der eingehobenen Auflagenbeträge zu erfolgen. Neben den Auflagepflichtigen haftet das Elektrizitätswerk der Gemeinde für die schuldigen Auflagenbeträge. Für den von den Verbrauchern selbst erzeugten elektrischen Strom ist die Auflage unmittelbar beim Stadtge-

meindeamte einzuzahlen. Übereinkommen, wonach die Abgabe für eine bestimmte Zeit pauschaliert wird, sind zulässig.

3. Die Auflageordnung wird von der steiermärkischen Landesregierung im Einvernehmen mit dem steiermärkischen Landesrate erlassen.

4. Das Recht zur Einhebung der Auflage erlischt in dem Zeitpunkte, in welchem der Verbrauch der elektrischen Energie als Abgabequelle für staatliche Zwecke nutzbar gemacht werden sollte, jedenfalls aber mit 1. Jänner 1926.

5. Der Landesrat wird beauftragt, mit aller Beschleunigung im Sinne des Gesetzes vom 28. November 1919, L.-G.-Bl. Nr. 12, die Genehmigung der Staatsregierung für diesen Beschluß einzuholen, auf daß es ermöglicht werde, den Beginn der Wirksamkeit für die Einhebung dieser Abgabe im Sinne dieses Beschlusses einzuhalten.“

Ich glaube, nicht erst noch etwas hinzufügen zu müssen, sondern glaube mit Rücksicht auf die finanzielle Schwierigkeit ist Leoben die erste Stadt, wo dem Antrag zugestimmt wurde, und ich bitte im Namen des Gemeinde- und Verfassungsausschusses um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 468, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 26. April 1894, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 30, und einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Juni 1866, L.-G. u. V.-Bl. Nr. 22, in Angelegenheit der Herstellung und Erhaltung der nichtärarischen öffentlichen Straßen und Wege.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete **Fink**.

Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses **Fink** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Der Landtag hat in seiner Sitzung am 14. Oktober 1919 den Landesrat beauftragt, dem Landtage den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, mit dem das Straßengesetz vom Jahre 1894 im Sinne der Anträge der Abgeordneten **Riemer, Paul, Tauschmann** und Genossen, Beilage Nr. 113, und der Abgeordneten **Friepfinger, Saringer** und Genossen, Beilage Nr. 160, abgeändert werde.

Der Landesrat ist diesem Auftrage nunmehr nachgekommen und hat in dem vorliegenden Gesetzentwurf die wesentlichen Wünsche der Antragsteller berücksichtigt.

Der Straßen- und Brückenbauausschuß hat sich mit diesem Antrage unter Gesetzesvorlage in seiner Sitzung vom 8. Juli 1920 befaßt und ich erlaube mir, diesen Antrag zur Verlesung zu bringen (liest):

„Der steiermärkische Landtag hat beschlossen:

Artikel I.

Das Landesgesetz vom 26. April 1894, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 30, sowie die §§ 6 und 11 des Landesgesetzes vom 23. Juni 1866, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 22, werden außer Wirksamkeit gesetzt und haben künftig zu laufen:

§ 6.

Die Herstellung und Erhaltung der Bezirksstraßen obliegt den Bezirken; der Aufwand hiefür ist, soweit er nicht aus besonderen Quellen gedeckt ist, durch Bezirksumlagen sicherzustellen.

Wird eine Bezirksstraße oder auch nur ein Teil derselben durch Industrie-, Bergbau- oder Handelsunternehmungen oder durch andere physische oder juristische Personen mit eigenem oder gedungenem Fuhrwerke in größerem Maße in Anspruch genommen, so daß aus diesem Anlasse zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Straße besondere Kosten erwachsen, sind die genannten Unternehmungen oder Personen zu einer im entsprechenden Verhältnisse zur Benützung stehenden Beitragsleistung verpflichtet.

Der Bezirk ist in allen Fällen verpflichtet, bei Vorhandensein der im Absatz 2 dieses Paragraphen enthaltenen Voraussetzungen, die betreffende Unternehmung oder Person zur Beitragsleistung heranzuziehen, und zwar hat der Bezirk vorerst zu versuchen, auf gutlichem Wege eine Vereinbarung zu erzielen.

Kann jedoch eine derartige Vereinbarung nicht bewirkt werden, ist der Bezirk verpflichtet, den einzelnen Fall dem steiermärkischen Landesrate zur Entscheidung vorzulegen, welcher auf Grund einer Augenscheinsverhandlung an Ort und Stelle, zu der der Bezirk und die für eine Beitragsleistung in Betracht kommenden Unternehmungen und Personen zu laden sind, nach freiem Ermessen unter gerechter und gründlicher Würdigung der Verhält-

nisse endgültig über die Beitragsverpflichtung und die Höhe der Beitragsleistung zu entscheiden hat.

Die Einzahlung der Beiträge in die Bezirkskasse hat von den Verpflichteten längstens binnen vier Wochen nach getroffener Vereinbarung oder nach Verständigung über die Entscheidung des Landesrates zu erfolgen, widrigenfalls die Hereinbringung der Beiträge im Wege der politischen Exekution durchgeführt werden kann.

§ 11.

Jede Ortsgemeinde ist verpflichtet, die notwendigen Gemeindestraßen und -wege innerhalb ihres Gebietes herzustellen und zu erhalten. Für die Aufbringung der hiezu erforderlichen Geld- und Arbeitsleistungen sind die Bestimmungen des Gemeindegesetzes maßgebend.

Wird eine Gemeindestraße oder ein Gemeindegeweg oder auch nur ein Teil einer Gemeindestraße oder eines Gemeindegeweges durch Industrie-, Bergbau- oder Handelsunternehmungen oder andere physische und juristische Personen mit eigenem oder gedungenem Fuhrwerke in größerem Maße in Anspruch genommen, so daß aus diesem Anlasse zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Straße besondere Kosten erwachsen, sind die genannten Unternehmungen oder Personen zu einer im entsprechenden Verhältnisse zur Benützung stehenden Beitragsleistung verpflichtet.

Der Gemeinderat ist in allen Fällen verpflichtet, bei Vorhandensein der im Absatz 2 dieses Paragraphen enthaltenen Voraussetzungen, die betreffende Unternehmung oder Person zur Beitragsleistung heranzuziehen, und zwar hat der Gemeinderat vorerst zu versuchen, auf gutlichem Wege eine Vereinbarung zu erzielen.

Kann jedoch eine derartige Vereinbarung nicht erwirkt werden, ist der Gemeinderat verpflichtet, den einzelnen Fall dem Bezirksausschuß seines Bezirkes zur Entscheidung vorzulegen, welcher auf Grund einer Augenscheinsverhandlung an Ort und Stelle, zu der die Gemeinde und die für eine Beitragsleistung in Betracht kommenden Unternehmungen und Personen zu laden sind, nach freiem Ermessen, unter gerechter und gründlicher Würdigung der Verhältnisse, über die Beitragsverpflichtung und die Höhe der Beitragsleistung zu entscheiden hat. Gegen das Erkenntnis des Bezirksausschusses steht binnen 14 Tagen nach Verständigung die beim Bezirke einzubringende Beschwerde

an den Landesrat offen, welcher nach freiem Ermessen endgültig zu entscheiden hat.

Die Einzahlung der Beiträge in die Gemeindekasse hat von den Verpflichteten längstens binnen vier Wochen nach getroffener Vereinbarung oder nach Verständigung über die Entscheidung des Landesrates zu erfolgen, widrigenfalls die Hereinbringung der Beiträge im Wege der politischen Exekution durchgeführt werden kann.

Artikel II.

Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.

Vorschreibungen von Beiträgen für die Straßen-erhaltung für das Jahr 1920 haben nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu erfolgen.

Artikel III.

Der Vollzug dieses Gesetzes obliegt der Landesregierung.

Der Straßen- und Brückenbauausschuß hat sich mit dieser Gesetzesvorlage befaßt und hat einstimmig dem Antrage des Landesrates zugestimmt; unverändert lautet der Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle das nachstehende Gesetz beschließen und den Landesrat ermächtigen, allenfalls notwendige Änderungen an diesem Gesetze, welche mit den Hauptgrundsätzen nicht in Widerspruch stehen, vorzunehmen.“

Ich ersuche das hohe Haus um die Annahme dieser Gesetzesvorlage.

(Der Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses und der vorgelegte Gesetzesentwurf werden ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann: Jetzt kommen die eingelangten Dringlichkeitsanträge zur Behandlung, und zwar in der Reihenfolge wie sie eingelangt sind.

Zuerst kommt sodann der Antrag des Herrn Abgeordneten Schreckenthal, dann die Anträge der Abgeordneten Hartleb, Pongraz und Stöcker zur Verhandlung.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Schreckenthal den Dringlichkeitsantrag zu verlesen.

Abgeordneter **Schreckenthal** (liest):

Die schwedische Hilfsmission hat durch ihren Vertreter, Herrn Direktor Svedin, im Wege der Fernhilfe zur Linderung der herrschenden Not ganz besonders beigetragen. Seitens dieser Mission wurden, um nur einige Beispiele zu nennen, 27.000 Kilogramm Heringe, über 3000 Dosen Kondensmilch, 90.000 Kilo-

gramm Mehl und 2000 Kilogramm Fett nach Graz gebracht und an die arme Bevölkerung ausgegeben.

Mit Rücksicht auf das außerordentliche Entgegenkommen der schwedischen Hilfsmission, sowie ihres Vertreters, des Herrn Direktors Svedin, stellen die Unterzeichneten den Antrag:

„Der hohe Landtag wolle den Beschluß fassen, der schwedischen Hilfsmission, sowie ihrem Vertreter, Herrn Direktor Svedin, für die segensreiche Tätigkeit den wärmsten Dank auszudrücken und den Herrn Landeshauptmann zu ersuchen, diesen Beschluß des Landtages der schwedischen Hilfsmission sofort zu übermitteln.“

Landeshauptmann: Wünscht jemand zur formalen Behandlung des Antrages, daß unter Abstandnahme der übrigen Formalitäten dieser Antrag als dringlich behandelt werde, das Wort zu nehmen? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall. Jene Abgeordneten, welche dem Antrage die Dringlichkeit zuerkennen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Die dringliche Behandlung des Antrages ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen.

Wünscht jemand zum Meritum des Antrages zu sprechen? (Nach einer Pause.) Wenn nicht, bringe ich den Antrag selbst zur Abstimmung.

(Der Antrag wird einstimmig ohne Wechselrede angenommen.)

Nun kommen wir zum Dringlichkeitsantrage des Herrn Abgeordneten Hartleb. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten, den Antrag zu verlesen.

Abgeordneter **Hartleb** (liest): Am 30. Juni 1920 trat anlässlich eines verheerenden Unwetters der Wörtschbach aus und verursachte außerordentliche Schäden. Die Feldfrüchte sind zum größten Teile vernichtet, Straßen und Brücken nicht passierbar. Es steht zu erwarten, daß bei einem neuerlichen Unwetter der ganze Ort dem Untergange geweiht ist. Mit Rücksicht auf den Leutenangel, sowie auf die ohnedies schon wahn Sinnig hohen Umlagen, ist die Bewohnerschaft absolut nicht im Stande, aus eigenem die Schäden wieder gut zu machen und bittet dringend um Notstandshilfe sowie eheste Entsendung eines Technikers der Landesregierung zur genauen Erhebung derselben.

Die Unterzeichneten stellen daher den Antrag:

„Der hohe Landtag möge dringend beschließen:

Es ist sofort ein Fachmann nach Donnersbachwald zur Erhebung der Schäden zu entsenden und aus den Mitteln des Notstandsfonds sofort ein höherer

Kredit zur Aufnahme der Wiederherstellungsarbeiten zu entnehmen."

Landeshauptmann: Wünscht jemand zur formalen Behandlung des Antrages zu sprechen? (Nach einer Pause.) Wenn nicht, bringe ich den Antrag wegen dringlicher Behandlung zur Abstimmung.

(Die dringliche Behandlung wird beschlossen.)

Ich stelle nun die Frage, ob jemand meritorisch das Wort zu nehmen wünscht? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, ich schreite sodann zur Abstimmung.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.)

Es kommt nun der Dringlichkeitsantrag der Herren Abgeordneten Pongraz und Genossen zur Verhandlung.

Wer wünscht das Wort zur Beantragung der Dringlichkeit?

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz: Hohes Haus! Ich glaube die Dringlichkeit des Antrages nicht begründen zu müssen, weil dieser Antrag an einen bestimmten Termin geknüpft ist und der Antrag beinhaltet, daß die Wahlen für den Landtag gleichzeitig mit den Wahlen in die Nationalversammlung stattfinden sollen. Wenn dies geschehen soll, muß rasch gearbeitet werden und infolgedessen ergibt sich auch in der Sache selbst die Dringlichkeit.

(Die dringliche Behandlung des Antrages wird beschlossen.)

Wünscht jemand zum Meritum zu sprechen?

Landesrat Dr. Eisler: Der sozialdemokratische Landtagsklub hat sich entschlossen, diesen Antrag einzubringen, weil er überzeugt ist, daß alle Mitglieder des hohen Hauses darüber mit uns einig sein werden, daß die heutige, nach unserer Überzeugung unhaltbare Situation im Lande dadurch zur Lösung zu bringen ist, daß die Entscheidung der Wählerschaft selbst anheimgegeben werde, und daß von einem neuen Landtage auf neuer Grundlage die Arbeiten wieder beginnen werden. Es wird schon in den allernächsten Tagen bei Beratung des Voranschlages des Landes Gelegenheit geboten sein, in ausführlicher Weise auf jene Gründe zurückzukommen, die es unmöglich gemacht haben, die Wirtschaft des Landes auf jener Grundlage weiterzuführen, auf der sie seit dem Zusammenbruche geführt wurde. Ich möchte mich auf einige wichtige Gründe, die meine Partei veranlaßt haben, die Koalition mit der christlichsozialen Partei als aufgelöst zu erklären und die Forderung nach Neuwahlen zu stellen, heute nicht eingehen. Aber ich möchte schon heute feststellen, daß wir diesen Entschluß

gefaßt haben ausschließlich unter dem Eindrucke des Verhaltens des christlichsozialen Koalitionspartners, und sagen, daß die lange Erfahrung, die wir seit dem Zusammenbruche gewonnen haben, in uns immer mehr die Überzeugung gefestigt hat, daß ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit einer Partei, von der die grundlegenden Bedingungen dieser Koalition täglich verletzt wurden, und das möchte ich schon in diesem Augenblicke, ohne auf die Einzelheiten einzugehen, feststellen, daß die volle Verantwortung für die Unmöglichkeit in diesen schwierigen Verhältnissen das Land mit vereinten Kräften gemeinsam in eine bessere Situation zu führen, ausschließlich der christlichsozialen Partei zur Last fällt, die es an loyaler Objektivität und Einhaltung des geschlossenen Paktes hatte fehlen lassen. Wir brauchen da nur auf das vollständige Versagen der christlichsozialen Unterstützung bei den wichtigsten Fragen, die der Landtag zu lösen hatte, bei der Frage der Versorgung der breiten Masse mit Lebensmitteln, hinzuweisen. Wir brauchen nur hinzuweisen auf die großen Schwierigkeiten, die sich aus dem absolut illoyalen Verhalten bei der Frage der Bewaffnung und Entwaffnung ergeben haben. (Zwischenruf: „Arbeiterwehren.") Wir brauchen nur darauf hinzuweisen, ich glaube nicht, daß Sie, meine Herren, es wünschen, die Debatte zu verzögern. Aber in dem Augenblicke, in dem Sie einen derartigen Zwischenruf machen, zwingen Sie mich dazu, darauf aufmerksam zu machen, daß wir sowohl in diesem hohen Hause, wie auch außerhalb desselben bei Sitzungen aller Art, die immer wieder stattgefunden haben und in welchen es sich darum gehandelt, die Verhältnisse zu sanieren, wir verlangt haben, es mögen sich die Parteien endlich entschließen, das einzige zu tun, was diesem Lande den Bürgerkrieg ersparen kann, die allgemeine Entwaffnung herbeizuführen. Sie haben sich nicht dazu entschließen können, sondern haben dies mit den sonderbarsten Mitteln forciert, und ich werde noch Gelegenheit haben, Ihnen mit Einzelheiten zu dienen. Dann ist es dazu gekommen, daß auch die Arbeiter bewaffnet wurden und das war nur die Antwort auf die wahnsinnige Art, wie in jeder kleinen Ortschaft, jedem Orte, Gewehre und Maschinengewehre aufgehäuft wurden. Daß Sie das alles nicht einsehen wollen, weiß ich. Ich weiß auch, daß Sie sich diesen Erwägungen gegenüber immer schwerhörig gezeigt haben und wenn es daher undenkbar wäre, zu politisieren, so ist es diese Frage für jeden gewissenhaften Menschen, der ein bißchen Verantwortlichkeitsgefühl hat. Es ist dies das aller schlimmste, was heraufbeschworen wird, wenn da nicht ein Ende gemacht wird, und wir haben nicht ein-

mal, sondern des öfteren Ihnen nahe gelegt, gemeinsam mit uns daranzugehen, um endlich einmal den Frieden im Lande herbeizuführen, insoweit es an Ihnen liegt, den Menschen die Waffen aus der Hand zu nehmen. Wir waren dazu bereit und wir haben immer darauf hingearbeitet, während Sie das Gegenteil befolgten. Wir haben immer nur die illoyalste und unwürdigste Behandlung gefunden, bei allen Bemühungen, besonders in dieser Richtung Sie zur Vernunft zu bringen. Es ist wohl nicht notwendig, auf alle Schwierigkeiten, die sich im Laufe der Zeit durch Ihr Verschulden ergeben haben, hinzuweisen. Sicher ist eines, daß es auf der heutigen Basis nicht weitergeht, und wer ruhig und objektiv über die Dinge urteilt, wird sich von der heutigen Sitzung überzeugen, daß zwischen den Parteien Gegensätze bestehen, die sich durch keinerlei Koalitionsvereinbarungen ausgleichen lassen. Es ist von Ihrer Seite heute wiederholt das Wort von den Wahlen als Zwischenschritt in die Debatte geschleudert worden und man hat von Wahllust gesprochen. Ich mache darauf aufmerksam, um jeder Legendenbildung zu begegnen, daß die Wahlen in die Nationalversammlung, vor welchen wir stehen, die Folgen der Koalitionskrise sind. Sie sind der einzige Ausweg, der uns aus der Krise herausführt. Das ist eine Tatsache, die unleugbar feststeht. Genau so gibt es im Lande keinen Ausweg aus der heutigen Situation. Seien Sie davon überzeugt und Sie werden auch sicher beistimmen, denn Sie waren ja diejenigen, die immer wieder Neuwahlen verlangt haben und Sie waren diejenigen, die immer behauptet haben, der Anteil der Sozialdemokraten an der Verwaltung, an der Regierung, habe zu solchen Folgen geführt, daß die Bevölkerung nichts sehnlicher wünsche, als mit uns abzurechnen. Diese Abrechnung soll nun so rasch als möglich geschehen und daher unser Antrag, daß wir wünschen, daß die Wahl gleichzeitig mit der Wahl in die Nationalversammlung stattfindet, ist nicht nur begründet in der Tatsache der gleichzeitigen Krise. Es sprechen neben sozialpolitischen auch zweckmäßige Erwägungen dafür, so daß ein jeder Mensch, der ein bißchen Wahlökonomie betreiben will, sich dafür entscheiden muß, daß die Wahlen gleichzeitig durchzuführen sind. Unser Antrag enthält im Meritum nur etwas, was allen Parteien gleichmäßig erwünscht sein kann, und wir stellen uns vor, daß der Ausschuß, der zu wählen sein wird, sofort zusammentritt und schon in einer der nächsten Sitzungen Ihnen den Antrag vorlegt, nach welchem die Funktionsperiode des Landtages abgekürzt und die sichere Durchführung der Neuwahlen am 17. Oktober ermöglicht wird. Wir brauchen eine rasche Arbeit dieses Ausschusses, weil

wir in der Zeit bedingt sind, weiters notwendig ist, alle jene Fristen, die das Wahlgesetz vorschreibt, einzuhalten und weil endlich auch dieser Landtag an das Ende seiner Sommertätigkeit denkt und infolgedessen diese seine wichtigste Aufgabe, die ihm nach unserer Überzeugung obliegt, die baldige Durchführung der Wahlen vorzunehmen, unter allen Umständen vollführen muß. Wir bitten Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Landeshauptmannstellvertreter Dr. Ahrer: Soweit die Ausführungen des Herrn Vorredners sich auf die Notwendigkeit der Neuwahlen beziehen, habe ich nichts beizufügen. Herr Landesrat Dr. Eisler hat weiters die volle Verantwortung für alles, was in der Vergangenheit geschehen ist, auf die christlichsoziale Partei geladen und hat angekündigt, daß er demnächst Sorge dafür tragen wird, daß die breite Masse im besonderen über die Entwaffnung und Bewaffnung in Kenntnis gesetzt werde. Wir nehmen das zur Kenntnis und behalten uns aber vor, auch mit Einzelheiten in Masse dienen zu können.

Landeshauptmann: Wünscht noch jemand das Wort? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bringe den Antrag des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Pongraz zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, wolle die Hand erheben. (Geschlecht.) Der Antrag ist einstimmig angenommen. Die Wahl des Ausschusses, nehme ich an, wird morgen erfolgen, nachdem die Parteien sich noch nicht geeinigt haben wegen der Wahl der Mitglieder in diesen Ausschuß. Wenn aber eine Einigung sofort erfolgt, so kann die Wahl sogleich vorgenommen werden. Die Obmännerkonferenz hat diesbezüglich noch zu keinem Ergebnisse geführt. Wenn die Parteien aber schon ihre Vertrauensleute bestimmt haben, dann können wir sofort die Wahl durchführen. Wenn nicht, dann werden wir die Wahl in der morgigen Sitzung durchführen.

Landesrat Dr. Eisler: Von der sozialdemokratischen Partei können die vorgeschlagenen Mitglieder bekanntgegeben werden.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahrer: Ich halte die Tätigkeit der Kommission für so wichtig, daß der Klub sich zu einigen hat. Ich bin nicht in der Lage, die Namen unserer Parteimitglieder für die Wahl in diesen Ausschuß momentan zu nominieren.

Landeshauptmann: Ich werde also die Wahl in diesen Ausschuß als Punkt 1 auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung stellen.

Nun kommt noch ein Dringlichkeitsantrag der Herren Abgeordneten Stocker, Friedl,

Niemer und Genossen wegen der furchtbaren Wetterkatastrophe in den Bezirken Fürstenseld und Fehring.

Abgeordneter **Stocker** (liest): Am 9. Juli nachmittags hat eine furchtbare Wetterkatastrophe die Gemeinden Loipersdorf, Stein, Gillerzdorf, Dietersdorf, Übersbach, Unterlamm, Rittschein und Stang heimgesucht. Durch einen furchtbaren Hagelschlag, verbunden mit einer verheerenden Überschwemmung, wurde nicht nur die ganze, schon lange ersehnte Ernte vernichtet, sondern auch die Bezirksstraße Loipersdorf—Stein auf längere Strecken ganz unfahrbar gemacht und mehrere Objekte in den Gemeinden Loipersdorf und Stein zerstört. Eine volle Stunde wichen die schweren Wolkenmassen nicht von der Stelle, dreimal setzten die Hagelschloßen, vom Sturme gepeitscht, heftig ein, bis ganze Gebiete in eine Winterlandschaft verwandelt waren.

Nach zwei Tagen lagen noch mehrere Hunderte Fuhren Hagelschloßen in den ebenen, auch vernichteten Getreidefeldern, welche von den großen Wassermassen aus den höher gelegenen Kulturfeldern samt der fruchtbaren Humuserde in die Ebene abgesetzt wurden und die Kulturen niederwalzten. Die Weingärten und Obstbäume haben in den Gebieten, wo das Unwetter am ärgsten wütete, jetzt gerade das Aussehen wie im Monate März. Die halbwüchsigen Beeren sind verschwunden und kein grünes Blatt ist sichtbar.

Gerade zur allerungünstigsten Zeit traf dieses furchtbare Unglück ein, wo nur ein kleiner Teil Korn eingebracht war.

Die Weizen-, Hafer-, Kukuruz- und Bohnenernte ist dem entseßelten Elemente vollständig zum Opfer gefallen, ebenso die Wiesen- und Futterfelder, so daß plötzlich eine Futternot herrscht und viele Besitzer genötigt sein werden, einen großen Teil der Viehbestände zu verkaufen. Und nun steht in diesem Gebiete, welches zum Teile drei Jahre nacheinander verhagelt wurde, welches fast 200 Geviertkilometer umfaßt, eine Bevölkerung, welche mit rastlosem Fleiß und Eifer jedes Fleckchen Erde seit Jahrzehnten auch an steilen Abhängen einer sachgemäßen und zielbewußten Kultur zugeführt hat, trostlos und verzweifelt da. Keine alten Vorräte, kein Saatgut für den Herbst- und Frühjahrsanbau.

Da somit bei den meisten Haushaltungen ein Lebensmittelmangel in Kürze eintreten dürfte und eine rechtzeitige Sicherstellung der für diese Hagelschlaggebiete genügenden Saatgutmenge als dringend geboten erscheint, so ist eine dringende Hilfe notwendig.

Aus den vorgebrachten Gründen wird daher der Antrag gestellt:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat wird beauftragt, bei der Landesregierung dahin zu wirken, daß die in den Bezirken Fürstenseld und Fehring am 9. Juli 1920 vorgekommenen großen Hagel- und Überschwemmungsschäden durch sachmännische Kommissionen umgehend erhoben und durch geeignete Maßnahmen unter Beihilfe des Staates und des Landes die eingetretene furchtbare Notlage wenigstens zum Teile gelindert werde."

Landeshauptmann: Wer wünscht zur formalen Seite des Antrages das Wort? (Nach einer Pause.) Wenn das nicht der Fall ist, so bringe ich den formalen Antrag auf dringliche Behandlung unter Abständnahme von der Drucklegung zur Abstimmung. Wer dafür ist, wolle die Hand erheben. (Geschlecht.) Angenommen. Wünscht jemand meritorisch zum Antrage das Wort? (Nach einer Pause.) Wenn nicht, dann bringe ich meritorisch den Antrag zur Abstimmung. Wer dafür ist, wolle die Hand erheben. (Geschlecht.) Einstimmig angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung beendet.

Die heute überreichten Anträge werden zu Beginn der nächsten Sitzung mitgeteilt werden.

Es liegt eine Anfrage vor der Herren Abgeordneten Primus, Neufuß, Saringer und Genossen, betreffend den Verkauf von sogenanntem Überkontingentvieh.

Diese Anfrage wird nach Durchführung der Erhebungen beantwortet werden.

Die nächste Sitzung findet morgen, 10. vormittags statt mit folgender Tagesordnung:

1. Wahl eines sechsgliedrigen Ausschusses zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes, betreffend die Durchführung von Landtagsneuwahlen.
2. Bericht des Finanzausschusses, Beilage Nr. 483, über den Landesvoranschlag für das Jahr 1920, Beilage Nr. 364, mit den Bedeckungsanträgen.
3. Mündlicher Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 404, in Angelegenheit der Straße Eibiswald—St. Oswald.
4. Mündlicher Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Antrag der Abgeordneten Holzner und Genossen, Beilage Nr. 419, betreffend die Erhebung des Gemeindeweges von St. Nikolai ob Draßling nach St. Peter am Ottersbach zur Bezirksstraße 2. Klasse.

5. Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Kaufmann, Steinberger, Paul und Genossen, Beilage Nr. 445, betreffend die Freimachung und Wiederherstellung des Anstaltsgebäudes der Staatslehrer- und -lehrerinnenbildungsanstalt am Hasnerplatz.

6. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Herzog, Krenn, Rieger und Genossen, Beilage Nr. 389, betreffend die Versorgung der Städte, Märkte und Industriorte mit Obst.

7. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates über den Antrag der Abgeordneten Jaklitsch, Peintinger, Fink und Genossen, Beilage Nr. 437, betreffend die Hebung und Förderung der heimischen Hausleinenweberei, sowie der damit verbundenen Spinnkurse und Flachsgewinnung. (Beilage Nr. 318 aus 1919.)

8. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Heinrich Wastian und Genossen, Beilage Nr. 421, hinsichtlich dringender Maßnahmen zum Schutze des heimischen Kunstbesitzes.

9. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, Beilage Nr. 443, betreffend das Verbot des Sonntagsunterrichtes und des Abendunterrichtes an Wochentagen an gewerblichen Fortbildungsschulen.

10. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 431, betreffend die Einführung einer Gemeindeabgabe von Schaumwein in der Stadtgemeinde Graz.

11. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 449, betreffend die Einführung einer Gemeindeabgabe für den Verbrauch von Elektrizität im Gebiete der Landeshauptstadt Graz.

12. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 459, betreffend die Einführung einer Bodenwertabgabe im Gebiete der Landeshauptstadt Graz.

13. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 480, betreffend die Beitragsleistungen des Landes zu den Kosten der amerikanischen Kinderhilfsaktion.

14. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 469, betreffend Personalangelegenheiten.

Hat jemand etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Wenn nicht, so schließe ich die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 30 Minuten nachmittags.)

Anhang.

Anfrage

der Abgeordneten Primus, Neufuß, Saringer und Genossen, betreffend den Verkauf von sogenanntem Überkontingentfleisch.

Die Stimmung der Arbeiterschaft ist durch die fragwürdige Art der Fleischversorgung, wie sie gegenwärtig geübt wird, außerordentlich erregt und erbittert worden und es ist den einzelnen Vertrauensmännern nicht mehr möglich, dieser Stimmung mit Aussicht auf Erfolg entgegenzuwirken.

In der Hauptsache ist diese Erregung nicht unmittelbar darauf zurückzuführen, daß jetzt wiederholt fleischlose Wochen eingeschaltet wurden, sondern darauf, daß in fleischlosen Wochen Fleisch inländischer Herkunft in unbeschränkter Menge an alle Konsumenten abgegeben wird, die Geld genug haben es zu bezahlen, während von den Arbeitern sich nur jene vereinzelter Höchstqualifizierten solches Fleisch beschaffen können, die infolge ihrer speziellen fachlichen Ausbildung besonders hohe Verdienste erzielen. So ist zum Beispiel in Leoben, Donawitz und den obersteirischen Industriegebieten, aber auch in Graz und in den westlichen Kohlengebieten an fleischlosen Tagen das aufreizende Schauspiel zu sehen, daß sogenanntes Überkontingentfleisch bei allen Fleischaauern, in allen Gasthäusern usw. zu haben ist, während die große Masse der Arbeiterschaft vom Genuße des Fleisches, so notwendig es bei dem Mangel an Nahrungsprodukten und genießbaren Kartoffeln wäre, ausgeschlossen bleibt und hungrig zusehen muß, wie Leute, die Geld genug haben und von welchen nur sehr wenige produktive Arbeit leisten, sich Fleisch in unbegrenzten Mengen beschaffen können. Dieser ganz unerträgliche Zustand, der von einer beispiellosen Anarchie unseres Ernährungswesens zeugt, hat bereits in allen Kreisen eine so kolossale Erbitterung erregt, daß es die Vertrauensmänner unter allen Umständen ablehnen müssen, immer wieder als Sturmbock gegen Anstürme verwendet zu werden, die von einer kurzsichtigen, nur auf

eigenen Vorteil bedachten Gesellschaftsschichte ohne Rücksicht auf die daraus praktisch entstehenden Folgen verursacht werden.

Die Situation ist in allen Betrieben besonders dadurch außerordentlich ernst geworden, daß nahezu alle Lohnverträge ab 30. Juni 1920 in der Annahme abgeschlossen wurden, daß die Lebensmittelpreise einen Abbau erfahren werden, was zum Teile insbesondere bei fetter Kondensmilch schon eingetreten ist, weshalb nennenswerte Aufbesserungen nicht mehr erzielt, ja zum Teile von der Arbeiterschaft gar nicht mehr gefordert wurden.

Durch den jetzigen Zustand in der Fleischversorgung droht nun eine neuerliche Welle von Lohnbewegungen Platz zu greifen, abgesehen davon, welche furchtbar verheerende Wirkungen der unglaubliche Vorgang haben muß, daß die „Viehverwertung“ um 40 bis 45 K per Kilogramm Lebendgewicht Schlachtvieh kauft, das, wie dies in Knittelfeld der Fall war, mit Musikbegleitung in die Stadt geführt wurde, und daß die fleischlosen Tage in der Woche gerade für die arbeitenden Menschen gelten sollen, die bei bestem Willen nicht den Verdienst erzielen können, der notwendig wäre, daß sie Fleisch im Preise von 68 bis 90 K kaufen könnten.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Landeshauptmann die

Anfrage:

„Was gedenkt der Herr Landeshauptmann zu tun, um zu verhüten, daß sogenanntes Überkontingentvieh frei verkauft wird, solange der Ablieferungspflicht nicht Genüge geleistet und die Bevölkerung mit dem rationierten Fleisch versorgt ist?“

Graz, am 13. Juli 1920.

Primus.

Josef Stameh.

Josef Neumann.

Neufuß.

M. Saringer.

Karl Gföller.

Hammerstorfer.

Suppanz.

Fröhlich.

Rauschak.

Dr. Gislser.

Eigelberger.

Tausk.

Kollegger.